



In dem heute 700 Einwohner zählenden holsteinischen Dorf Groß Nordende im Kreis Pinneberg kündigt sich für den 9. Mai 1913 der königliche Kreisschulinspektor aus Uetersen an. An den 23-jährigen Erich Wentker, der seit 1. Oktober 1910 als 2. Lehrer in der Dorfschule angestellt ist, schreibt er nach der Inspekti-

on: „Aus all dem geht hervor, daß Sie Ihr Amt nicht mit dem nötigen Ernst und der erforderlichen Festigkeit verwalten. In allen Dingen lassen Sie es an einer gründlichen Vorbereitung für den Unterricht fehlen. [...] Ich sehe mich daher genötigt, Ihnen wegen Pflichtver-sümmnis einen strengen Verweis zu erteilen.“<sup>2</sup> Als der Inspektor ein halbes Jahr später noch keine Änderung festzustellen glaubt, bestraft er den jungen Lehrer mit 20 Mark Geldbuße. Erich Wentker, der vor der Zweiten Prüfung zum Volksschullehrer steht, wird diesen Beruf nicht zu seiner Berufung machen, sondern ihm wenige Monate später, nach einem Zerwürfnis mit der Kreisschulbehörde, den Rücken kehren. In einem Lebenslauf schreibt er unter anderem zu den Gründen für seine Kündigung: „[...] da ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren konnte, einen unzeitgemäßen Religionsunterricht zu erteilen.“<sup>3</sup>

**Materiallage und Ansatz dieses Beitrags.** Das im Folgenden dargestellte Wirken von Erich Wentker in den verschiedenen politischen Epochen hat auf Grund seiner exponierten Tätigkeiten zahlreiche Spuren hinterlassen und wurde auch in der Forschung bereits umfassend berücksichtigt. Neben den – im Laufe des Aufsatzes eingeführten – Monografien von Dirk Stegmann mit Bezug zur Weimarer Zeit, der Forschung Horst Sassins zum Widerstand der Robinsohn-Strassmann-Gruppe und der Aufarbeitung der Geschichte des Landkreises Celle nach 1945 von Rainer Schultz und Rainer Voss ließen sich nicht weniger als 40 Literaturverweise mit Bezug auf Erich Wentker finden, die allerdings der Übersichtlichkeit wegen nur zum Teil in diesen Aufsatz einfließen konnten. Nochmals rund 30 Verweise ließen sich zu Erich Wentkers Vater Heinrich Wentker und seinem Schwiegervater Nicolaus Sievers finden. Auch in den einschlägigen Archiven ist das Wirken Erich Wentkers an zahlreichen Stellen überliefert und dort glücklicherweise auch in Form der jeweiligen Personalakten erhalten geblieben. Damit konnte vor allem das berufliche und politische Wirken Erich Wentkers übersichtsartig nachgezeichnet und in diesem Aufsatz beispielhaft für viele ähnliche Karrieren seiner Zeit im Zusammenhang dargestellt werden. Die noch im Familienbesitz befindlichen Dokumente runden den persönlichen Aspekt ab. Da es sich für einen Nachfahren schwieriger gestaltet, die Persönlichkeit des eigenen Urgroßvaters zu beschreiben, war es für diesen Aufsatz einfacher, die historisch-biographische Perspektive einzunehmen als die persönlich-verwandtschaftliche. Die Motivation zu den Recherchen entsprang familiengeschichtlichem Interesse. Am Anfang war nicht klar, dass eine solch enge Verbindung zu

**Marcus Herrberger<sup>1</sup>**  
**Vom Volksschul-**  
**lehrer zum Poli-**  
**zeipräsidenten**  
 Erich Wentker (1890-1947)  
 – eine sozialdemokratische  
 Karriere in der Weimarer  
 Republik

<sup>1</sup> Der Autor ist der Urenkel von Erich Wentker. Meiner Großtante Erika Godschalk (geb. Wentker) und meinen Großcousinen Juliane Vehreschild, Bettina Godschalk und Margrit Schönfeld bin ich zu großem Dank verpflichtet für umfassende Auskünfte und das Überlassen zahlreicher Dokumente und Fotos.

<sup>2</sup> Landesarchiv Schleswig-Holstein (LAS), Lehrpersonalakte, Bl. 10.

<sup>3</sup> Ebd.

wichtigen historischen Ereignissen zu Tage treten würde. Das zeigt, dass Familienforschung erst interessant wird, wenn sie über das bloße Sammeln von Namen und Daten hinausgeht. Lehrreich wird sie dann, wenn sie die Verbindung zu wichtigen Ereignissen herstellt, durch die die eigenen Vorfahren geprägt werden und die diese durch ihre Möglichkeiten in der jeweiligen Position und Umgebung mitgestaltet haben. Auf diese Weise kann Familienforschung auch zur Regionalforschung werden.

Geboren wurde Heinrich Erich Wentker am 16. März 1890 in Berlin als Sohn der Eheleute Franz Heinrich Wentker und Bertha Leonore, geborene Klein. Vater Heinrich, geboren 1860 in Schulenburg bei Osnabrück, besuchte die Volksschule in Badbergen und, nach einer Ausbildung zum Maler und Lackierer, bis 1875 eine Fortbildungsschule in Osnabrück. Ein Vorfahre Erichs hatte in Badbergen eine Handelsgärtnerei für Rosen betrieben und war schon früh im Verband der Gärtner organisiert, wie Einträge in entsprechenden Fachzeitschriften belegen.<sup>4</sup> Im Jahr 1880 verschlug es Heinrich Wentker nach Berlin, wo er in einem Garderegiment den dreijährigen Militärdienst abzuleisten hatte. Er ließ sich anschließend in der Hauptstadt nieder, lernte dort seine Frau kennen und arbeitete als Maler. Im Jahr 1884 wurde in Berlin der „Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands“ gegründet, ein Vorläufer der heutigen Gewerkschaften. Heinrich Wentker trat im gleichen Jahr dem Verband bei und wurde nach kurzer Zeit Vorsitzender der Berliner Filiale. Neben seinem Beruf arbeitete er als Redakteur für die Verbandszeitung.

Als Erich 1890 zur Welt kam, vier Jahre nach seiner älteren Schwester Marie Elise, wohnte die Familie im östlichen Stadtteil Friedrichshain, dem sogenannten „Stralauer Viertel“, einer von Handwerkern, Kaufleuten, Arbeitern und zugewanderten Familien bewohnten Industriegegend. Im Berliner Adressbuch findet sich der Eintrag: „Wentker, H., Maler, O [=Ost] Memelerstr. 61. IV“.<sup>5</sup> In diesem Berliner Randbezirk war damals besonders die Sozialdemokratie zu Hause. Im April 1890 gab Heinrich Wentker seinen Beruf als Maler auf, denn der Verband berief ihn als Hauptkassierer in den Vorstand. Als man 1897 beschloss, den Verbandssitz nach Hamburg zu verlegen, zog Heinrich Wentker mit seiner Familie dorthin um. Im Mai 1900 starb plötzlich mit gerade einmal 40 Jahren die Ehefrau und Mutter Bertha, sodass Heinrich Wentker seine beiden Kinder, bis er sich wiederverheiratete, allein großzog. Die Familie hatte inzwischen ein Haus in der Schwalbenstraße im Stadtteil Barmbek erworben.<sup>6</sup>

**Ausbildung zum Lehrer am Eckernförder Seminar.** Sohn Erich besuchte die Volksschule in Hamburg und beendete sie im Frühjahr 1905. Das bescheidene Einkommen, das Heinrich als Verbandsbeamter hatte, ermöglichte es, dass Erich die Ausbildung zum Volksschullehrer beginnen konnte. Das Studium, das in dieser Zeit ohne Gymnasium möglich war, bestand aus einer zweijährigen Vorbereitungszeit an

<sup>4</sup> Deutsche Gärtner-Zeitung: Zentralblatt für die gesammten Interessen der Gärtnerei, von Ludwig Möller, Hg. Deutscher Gärtner-Verband, Heft 9, Erfurt 1885, S. 318; Rosen-Zeitung, Organ des Vereins Deutscher Rosenfreunde, Red. V. P. Lambert, Frankfurt a. M. 1886, S. 64.

<sup>5</sup> Berliner Adressbuch für das Jahr 1891, Band 2, S. 1466. Die Memelerstraße heißt seit 1950 Marchlewskistraße.

<sup>6</sup> Franz Heinrich Wentker wurde mit seinen beiden Kindern 1902 als Hamburger Staatsbürger aufgenommen. Aufnahmeurkunde, Nr. 68598, Hamburg, 30. Juni 1902 und Ahnenpass für Heinrich Wilhelm Nicolaus Wentker (1939) S. 11, Dokumente aus Familienbesitz Veheschild/Godschalk.



einer Präparandenanstalt und dem anschließenden dreijährigen Studium an einem Lehrerseminar. Die Seminaristen mussten jährlich rund 600 Mark aufbringen, was etwa dem Jahresverdienst eines Landarbeiters entsprach. Der Hauptteil der Kosten wurde dabei für die Unterkunft benötigt.<sup>7</sup> Erich ging 1905 zunächst an die Präparandenanstalt Oldesloe und wurde 1907 am Lehrerseminar in Eckernförde aufgenommen. Das „königliche evangelische Lehrerseminar“ bestand seit 1858 in Eckernförde und war dort zunächst im „Hotel Stadt Hamburg“ untergebracht, bis man 1885 einen Neubau im Stadtteil Borby errichtete. Heute befindet sich das Finanzamt in dem imposanten Gebäude, das 1922 ausbrannte und nach dem Wiederaufbau 1924 nach Änderungen in der Lehrerausbildung geschlossen wurde.<sup>8</sup> Erich Wentker war einer von 1850 Seminaristen, die ihre Ausbildung in Eckernförde absolvierten. In Hamburg besuchte er neben dem Studium Vorlesungen von Professor Ernst Neumann zur „experimentellen Psychologie und Pädagogik“ und wählte am Seminar Literatur als Spezialfach. Er beschäftigte sich dabei besonders mit den Dramen von Ibsen, wie er selbst in einem Lebenslauf vermerkt. Am Seminar stand die Religionslehre, die Wentker später offensichtlich in Schwierigkeiten brachte, im Mittelpunkt des Lehrplans. In den „Allgemeinen Bestimmungen“ konnte man den missionarischen Charakter des Unterrichts nachlesen: „§ 28. *Als erster und wichtigster Unterrichtsgegenstand ist die Religionslehre zu be-*

Lehrerseminar Eckernförde, 1908 (Quelle: Hermann Gramm, Festschrift 1908).

<sup>7</sup> Gramm, H.[ermann]: Das Königliche evangelische Lehrerseminar Eckernförde. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Anstalt. Eckernförde 1908, S. 15, 53. Für das Beschaffen dieser seltenen Schrift danke ich Sven Reiß.

<sup>8</sup> Petersen, Hans Jörg: Das Seminar in Eckernförde 1858-1924, in: Slesvigland, Nr. 2, 1993, S. 37-45.

Nr.	Name	Geboren		Eintritt ins Seminar	Eintritts- jahr beibehalten	Aufstellung
		zu	am			
1308	Auderen, Georg	Hörsburg	20. 3. 1889	1907		
1309	Arp, Johannes	Wolfe	7. 5. 1888	"		
1310	Bell, Friedrich	Zary	11. 2. 1889	"		
1311	Bromm, Friedrich	Schleswig	21. 8. 1884	"		
1312	Brügg, Richard	Friedrichsthal	16. 8. 1887	"		
1313	Clanck, Nikolaus	Bredgatt	4. 7. 1889	"		
1314	Duns, Christian	Anelet	1. 11. 1888	"		
1315	Härtchen, Johannes	Wandobef	20. 6. 1889	"		
1316	Gondeken, Christoph	Hamburg	20. 12. 1888	"		
1317	Hannau, Georg	Schönwalde	17. 2. 1889	"		
1318	Hansen, Ernst	Ultona	9. 7. 1889	"		
1319	Henningsen, Peter	Melby	15. 11. 1888	"		
1320	Henningsen, Thomas	Zakrup	21. 7. 1888	"		
1321	Holländer, Wilhelm	Bünderies	22. 1. 1889	"		
1322	Jebe, Noun	Eckernförde	12. 1. 1889	"		
1323	Karl, gen. Kaiser, Alfred	Bielefeld	15. 3. 1888	"		
1324	Kiehn, Arthur	Schnegerott	12. 3. 1889	"		
1325	Lüddeck, Wilhelm	Arnis	22. 7. 1889	"		
1326	Mahrt, Wilhelm	Rehholz	11. 1. 1889	"		Abg. 1908.
1327	Matthiesen, August	Goldewaan	27. 10. 1888	"		
1328	Meier, Max	Zolt	17. 9. 1887	"		
1329	Nielen, Thomas	Ziegenfeldt	9. 2. 1889	"		
1330	Nohrdiel, Karl	Strenghin	1. 3. 1889	"		
1331	Schaad, Johannes	Watteln	2. 8. 1888	"		
1332	Siewers, Hans	Ultona	26. 6. 1889	"		
1333	Starr, Walther	Ornien (Weddenb.)	30. 1. 1889	"		
1334	Thomien, Friedrich	Eiderfeld	6. 12. 1889	"		
1335	Thomien, Hans	Worby	22. 1. 1890	"		
1336	Vöge, Markus	Wendfeld	18. 9. 1888	"		
1337	Wentker	Berlin	16. 3. 1890	"		
1338	Hansen Christensen, Christen *)	Dundsoeben (Hfen.)	28. 9. 1888	1908		

\*) War vorher 2 1/2 Jahre auf dem Seminar in Hadersleben.

Liste der Seminaristen (Quelle: Hermann Gramm, Festschrift 1908).

trachten. [...] Hier wird es nicht bloß die Aufgabe sein, die Zöglinge zu einer möglichst deutlichen und richtigen Erkenntnis der Wahrheiten des christlichen Glaubens zu führen, sondern er [der Seminarlehrer, d.V.] hat ganz besonders dahin zu wirken, daß ihr Gemüt, die ganze Seele von diesem Glauben durchdrungen werde, damit wahre Gottesfurcht und echt christliches Leben aus der Erkenntnis hervorgehe und sie imstande seien, die ihnen später anvertraute Jugend durch Wort und Tat den Weg des Heils zu führen.“<sup>9</sup> Die Naturwissenschaften sollten demgegenüber nur am Rande behandelt werden: „Aus dem großen Gebiete der Naturwissenschaften kann verhältnismäßig nur wenig Gegenstand des Seminarunterrichts sein, und es wird deshalb mehr Aufgabe des Lehrers sein, in das Studium dieser Wissenschaft einzuleiten und mit Lust dazu zu erfüllen, als ein reiches Material zu geben.“<sup>10</sup> Das damalige Weltbild, bei dem fraglich ist, ob Erich Wentker dies sich jemals zu eigen gemacht hätte, zeigt die zu dieser Zeit geltende Maxime: „Der preußische Lehrer solle als Diener des Staates Vaterlandsliebe mit der Treue gegen den König vereinen. Die höchsten Tugenden des Lehrers aber seien Gottesfurcht und Christusliebe.“<sup>11</sup>

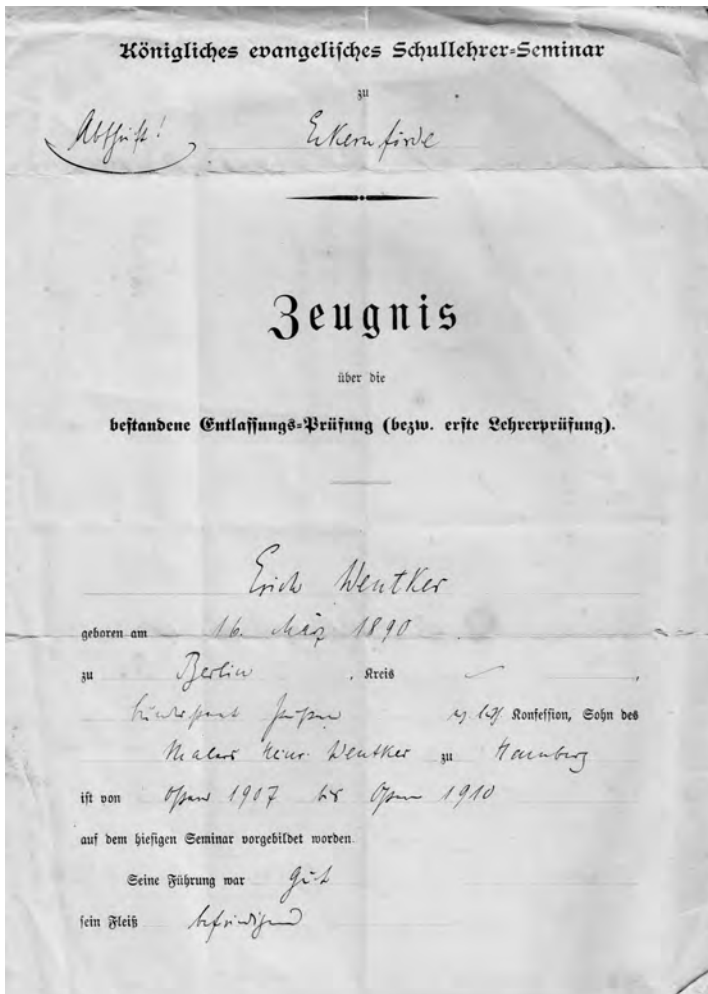
Am 19. Januar 1910 beendete er als 19-Jähriger mit der Ersten Lehrprüfung seine Ausbildung. Da die Seminaristenakten in den Archiven nicht mehr vorhanden zu sein scheinen, aber sein Zeugnis zur ersten Lehrprüfung erhalten geblieben ist, erhält man daraus einen Eindruck von seinen Leistungen. Seine Lehrbefähigung beurteilten die Prüfer mit „genügender Anfang“ und seine Noten in den 13 unterschiedlichen Fächern werden mit durchweg „gut“ und „genügend“ angegeben.<sup>12</sup> In einem weiteren Zeugnis für die Meldung zur zweiten Lehrprüfung bescheinigte man ihm später „gute

<sup>9</sup> Gramm, Festschrift, S. 17.

<sup>10</sup> Ebd., S. 19.

<sup>11</sup> Ebd., S. 52.

<sup>12</sup> Zeugnis über die bestandene Entlassungs-Prüfung (bezw. erste Lehrprüfung), Eckernförde, 19. Januar 1910, Familienbesitz Schönfeld.



Entlassungszeugnis für den Lehrer Erich Wentker, Eckernförde 1910 (Quelle: Familienbesitz Margrit Schönfeld).

Leistungen“ und seine Beteiligung an den Lehrerkonferenzen wurde sogar als „sehr fleißig“ bewertet. Lediglich sein Unterrichtsverhalten erhielt ebenfalls ein „genügend“.<sup>13</sup> Ein Vierteljahr nach Verlassen des Seminars hatte er bereits seine erste Stelle als Vertretungslehrer in Hamburg-Groß Borstel. Bis Ende September 1910 blieb er dort beschäftigt und wurde anschließend von der schleswigischen Regierung in den preußischen Schuldienst übernommen.

**Scheitern im holsteinischen Schuldienst.** Am 1. Oktober 1910 trat er die Stelle als 2. Lehrer an der zweiklassigen Volksschule in Groß Nordende bei Uetersen an. Am Jahresende 1912 meldete er sich für die Zweite Lehrerprüfung an. Nachdem sich ein Mitglied des örtlichen Schulvorstandes bei der Behörde beschwert hatte, fand im Mai 1913 die Revisionsprüfung durch den Kreisschulinspektor statt. Dieser stellte aus seiner Sicht zahlreiche Mängel am Unterrichtsverhalten von Erich Wentker fest und bestrafte ihn wegen Pflichtversäumnissen. Zur Lehrerprüfung wurde er noch nicht zugelassen. Bei einer

<sup>13</sup> LASH, Lehrpersonalakte, Zeugnis für die Meldung zur zweiten Lehrerprüfung.

späteren Überprüfung glaubte der Schulinspektor nun eine Besserung festzustellen. Aber immer noch weigerte sich der junge Lehrer, schriftliche Unterrichtsentwürfe, vor allem für das Fach Religion, vorzulegen. Ob Erich Wentker damit etwas bezweckte oder es tatsächlich Nachlässigkeit war, lässt sich aus den Akten nicht nachvollziehen. Auch die von Wentker später selbst erwähnte unterschiedliche Auffassung über den Religionsunterricht geht aus den Akten nicht hervor.

Zu Beginn des Jahres 1914 setzte sich der Streit um die schriftlichen Ausarbeitungen für den Unterricht fort. Die Behörde machte die Beantwortung einer erneuten Anfrage von Erich Wentker um Zulassung zur Lehrerprüfung von diesen schriftlichen Arbeiten abhängig. Der Streit eskalierte, als die Regierung von Schleswig Erich Wentker am 29. September 1914 die Entlassung aus dem Schuldienst mitteilte. Wentker richtete ein Bittgesuch an den zuständigen Minister in Berlin. Dieser entschied zu Gunsten des jungen Lehrers und empfahl der Behörde in Schleswig, ihn versuchsweise weiterzubeschäftigen. Zum 4. Dezember 1914 sollte Erich Wentker eine neue Stelle in Lassahn/Lauenburg antreten. Nach vier Wochen Unterricht schreibt Erich Wentker an die Behörde: *„Die königliche Regierung bitte ich, mich zum 1. Januar 1915 aus dem Schuldienst zu entlassen. Da ich nur versuchsweise wieder in den Schuldienst aufgenommen worden bin, kann ich fürs Erste nicht damit rechnen, fest angestellt zu werden. Ich habe es darum vorgezogen, mir eine andere Stellung zu verschaffen und bitte aus dem Grunde um Entlassung aus meinem Amte.“*<sup>14</sup>

**14** LASH, Lehrerpersonalakte, Schreiben vom 27.12.1914.

**15** Nicolaus Sievers (1860-1946), Wentkers späterer Schwiegervater, hatte in Greifswald, Leipzig und Kiel Theologie studiert und war nach verschiedenen Stationen in Norddeutschland Pfarrer im Harz geworden. Er heiratete 1886 Dorothea Rulffs, Tochter des Pastors Julius Rulffs und Schwester des holsteinischen Heimatforschers Martin Rulffs. Außerdem war Sievers führendes Mitglied bei den Hamburger Guttemplern, denen Erich Wentker seit 1912 ebenfalls angehörte. Siehe: Hof- und Staatshandbuch des Herzogtums Braunschweig, 1902, S. 48; Recueil des travaux du V. Congrès international d'assistance publique et privée [Kongress für öffentliche Armenpflege und private Wohltätigkeit] à Copenhague 9-13 août 1911, J.H. Schultz 1911, S. 32 und Personalakten Nicolaus Sievers im Landeskirchlichen Archiv Wolfenbüttel.

Damit war der Berufswunsch Lehrer gescheitert. Inzwischen hatten sich auch die Ereignisse überschlagen. Seit August 1914 war der Weltkrieg in vollem Gange. Die drohende Einberufung zum Militär, die unsicheren Berufsaussichten, aber auch seine persönliche Lebensplanung werden zu dieser Entscheidung geführt haben. Erich Wentker hatte sich inzwischen mit Dorothea Sievers, der Tochter eines Altonaer Pastors, verlobt, die er in den Ferien im Harz durch einen Kommilitonen und Verwandten Dorotheas kennengelernt hatte. Mütterlicherseits stammte Dorothea Sievers aus der alteingesessenen schleswigischen Pastorenfamilie Rulffs.<sup>15</sup> Die neue Stellung, von der Wentker nun in seiner Kündigung sprach, stand in Verbindung mit der Gründung einer für seine Zeit fortschrittlichen Einrichtung. Bereits seit 1905 gab es in Gewerkschaftskreisen Überlegungen zur Gründung einer sogenannten Volksversicherung, die es vor allem der Arbeiterschaft ermöglichen sollte, Risiken wie die Hinterbliebenenversorgung abzudecken. Über mehrere Jahre zogen sich die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Konsumvereinen hin, bis es am 16. Dezember 1912 in Hamburg zur Gründung der „Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft“ kam. Im „Hamburger Echo“ vom 21. Dezember 1912 wurde die neue Versicherungsgesellschaft, die mit einer Million Reichsmark als Aktienkapital startete, bekannt gemacht. Die Zeitung berichtete: *„Zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern wurden die*



Erich Wentker und Dorothea Sievers, Uetersen 1913 (Quelle: Familienbesitz Margrit Schönfeld).

*Herrn A.v. Elm und Fr. Lesche (Hamburg) bestellt. Als Vorstandsmitglieder im Nebenamt sind von den Genossenschaften die Herrn Kaufmann und Lorenz, von den Gewerkschaften die Herrn Paeplov und Wentker, sämtlich in Hamburg, bestimmt worden.*<sup>16</sup> Erichs Vater war in den Vorstand gewählt worden. Es erstaunt deshalb nicht, dass Erich nun bei der „Volksfürsorge“ seine berufliche Zukunft sah. Er wurde 1915 zunächst als Korrespondent im Hauptbüro angestellt.

Die Mobilmachung 1914 traf das Gefüge der noch jungen Versicherung empfindlich. Viele der männlichen Angestellten und Vertreter wurden zum Militär eingezogen. Auch Erich Wentker erhielt im April 1915 den Einberufungsbefehl. Im Januar 1910 war er in Eckernförde zum „Landsturm ohne Waffe“ gemustert worden, so dass er nicht als Soldat kämpfen musste. Wie man seinen Militärpapieren entnehmen kann, verschonte ihn dies dennoch nicht vor dem Fronteinsatz. Mit dem Hamburger Armierungsbataillon Nr. 38, einer Truppe, die für den Stellungsbau und andere Arbeiten herangezogen wurde, im Volksmund damals „Schipper“ genannt, kam Erich an die Front nach Frankreich. Im Juni 1915 erlebte er dort die Stellungskämpfe in Artois. Vermutlich bei diesem Fronteinsatz zog er sich einen körperlichen Schaden zu, denn am 4. Juli 1915 wurde er von seiner Truppe in die Heimat zu einer Krankenabteilung in Cüstrin überwiesen. Von dort entließ man ihn zehn Tage später wieder in das Zivilleben. Bei einer Nachuntersuchung ein Jahr später stufte man ihn schließlich als „dauernd kriegsunbrauchbar“ ein.<sup>17</sup> Er kehrte daraufhin wieder zur „Volksfürsorge“ zurück, die eine seiner Begabungen, nämlich das organisatorische Geschick, in dieser schwierigen Zeit sehr gut brauchen konnte. Schnell stieg der 25-Jährige zum Bürovorsteher und stellvertretenden Organisationsleiter auf. Im November 1915 trat er in die Hamburger SPD ein. Im September 1915 hatte er geheiratet und in der Zeit des Ersten Weltkriegs wurden die Töchter Dorothea und Erika geboren. Die Familie hatte ihr Zuhause im damals noch zu Holstein gehörenden Wandsbek gefunden.

**16** Böge, Volker: 75 Jahre Volksfürsorge Versicherungsgruppe. 1913-1988, Hamburg 1988, S. 34, 79; s.a. Manes, Alfred: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft. Band 13, Berlin 1913, S. 290.

**17** Hauptstaatsarchiv Hannover (HSTA Hann), Sig.: Hann. 180 Lün. Acc. 3/050 Nr. 15/1, Personalakte Wentker, Militärpapiere: Landsturmschein, Entlassungsschein.

**Heinrich Wentker – Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft.** Mit dem Ende des Weltkriegs fanden in Deutschland große politische Umwälzungen statt, so auch in Hamburg, dem Stadt-Staat, der seit Jahrhunderten von einer kleinen Zahl privilegierter Bürger politisch dominiert wurde. Besonders der von Kiel ausgehende Matrosenaufstand brachte eine völlig neue Situation. Im November 1918 übernahm auch in Hamburg ein Arbeiter- und Soldatenrat die Macht und setzte förmlich für kurze Zeit den Senat und die Bürgerschaft ab. Hamburg galt seit langem als eine Hochburg der Arbeiterbewegung. Das geltende Wahlrecht verhinderte allerdings, trotz verschiedener Änderungen, dass Einwohner aus einfacheren sozialen Schichten in das Parlament kamen. Eine Gruppe liberaler und sozialdemokratischer Politiker setzte sich nun im Arbeiter- und Soldatenrat dafür ein, dass ein neues Wahlrecht installiert wurde. Bereits am 18. November 1918 gab man bekannt, dass neue Wahlen zur Bürgerschaft stattfinden sollten, bei der von nun an *„jeder in Hamburg lebende Deutsche mit vollendetem 20. Lebensjahr, Männer und auch Frauen, in gleichen, freien, allgemeinen und geheimen Wahlen an die Urnen treten darf.“*<sup>18</sup>

Am 16. März 1919 war es dann soweit: 660 000 Hamburger Einwohner wurden an die Wahlurnen gerufen. Mit 50,4 Prozent erlangte die SPD einen großen Wahlerfolg und stellte 82 von 160 Abgeordneten der neuen Hamburger Bürgerschaft. Einer dieser neuen Abgeordneten war Heinrich Wentker. Als Nr. 134 wird er im „Verzeichnis der Mitglieder der Bürgerschaft 1919“ geführt und ein kurzer Lebenslauf beschreibt den Werdegang des inzwischen 58-Jährigen.<sup>19</sup> Von seinem politischen Wirken hat Heinrich Wentker nur wenige Spuren hinterlassen. In seiner Zeit als Vorstandsmitglied im Maler-Verband hatte er sich bereits für die Belange einer sozialen Absicherung, wie der Einführung der Erwerbslosenversicherung, eingesetzt, was durch Aufsätze belegt ist. Außerdem war er im Vorstand der Zentralkommission der freien Gewerkschaften.<sup>20</sup> Und auch sein Engagement bei der „Volksfürsorge“ zeigt, dass ihm die Thematik der sozialen Sicherung der Arbeiter besonders am Herzen lag.

Die Hamburger Bürgerschaft arbeitete seit März 1919 in einer Koalition aus DDP (Deutsche Demokratische Partei) und SPD. Das Amt des Ersten Bürgermeisters hatte die SPD, trotz ihrer Mehrheit, nicht selbst beansprucht und auch aus offensichtlich taktischen Gründen an den bisherigen Bürgermeister von der DDP abgegeben. In den Monaten nach der Wahl arbeitete man zügig an einer neuen Verfassung für den Stadt-Staat, die im Januar 1921 verabschiedet wurde. Heinrich Wentker konnte dies allerdings nicht mehr miterleben. In der Ausgabe der Sozialistischen Monatshefte vom 12. April 1920 war zu lesen: *„Am 27. Februar [1920] verschied, [...] ganz unerwartet am Herzschlag, Heinrich Wentker, seit nahezu einem Menschenalter (seit dem 1. April 1890) der Hauptkassierer des Verbandes der Maler. Er war am 21. Dezember 1860 zu Schulenburg in Hannover geboren. Die ersten gewerkschaftlichen Sporen verdiente er sich in Berlin, wo er 1884 dem Fachverein der Maler beitrug. Sein*

**18** Vogel, Paul. O.: Kleine Geschichte Hamburgs von 1918 bis zur Gegenwart und zwei weitere Beiträge, hg. Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 2000, S. 7; Eckhardt, Hans Wilhelm: Von der privilegierten Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie. Die Auseinandersetzungen um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Hamburg, hg. Landeszentrale für politische Bildung, 2. Aufl., Hamburg 2002, S. 60.

**19** Verzeichnis der Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft 1919, S. 62.

**20** Bibliographie der Social-Politik, hg. von Josef Stammhammer 1912, S. 194 und Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 7, Göttingen 1911, S. 839; Heinke, Gustav: Rückblicke auf die Bauarbeiterschutzbewegung, bearbeitet im Auftrage der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg 1913, S. 62, 76.



*Interesse ging zugleich über seinen Berufsverband hinaus; seit Gründung der Volksfürsorge gehörte er zu deren Vorstand, seit der Revolution war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.“<sup>21</sup>*

**Politische Laufbahn in Wandsbek.** Erich, mit dem politischen Vorbild seines Vaters vor Augen, verfolgte seit 1919 neben dem Beruf als Versicherungsangestellter seine eigene politische Laufbahn. Im März des Jahres wählte man ihn zum Stadtverordneten. Gleichzeitig führte er die SPD-Fraktion im Rathaus. Der Wandsbeker SPD-Ortsverein war in den 1920er Jahren mit 2200 Mitgliedern der drittstärkste in Schleswig-Holstein.<sup>22</sup> Nach nur wenigen Monaten wählten die Stadtverordneten den 29-Jährigen zu ihrem Vorsteher, nach der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung damals noch Bürgerworthalter genannt.<sup>23</sup> Wentker leistete gute Arbeit, denn über einen Zeitraum von acht Jahren wurde er in diesem Amt bestätigt, in den späteren Jahren als Stellvertreter. Gleichzeitig war er als Stadtverordnetenvorsteher Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages und nahm als Delegierter der Stadt Wandsbek an den an verschiedenen Orten tagenden Preußischen Städtetagen teil. Die Stadt Wandsbek, zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein gehörend, hatte in den 1920er Jahren rund 40 000 Einwohner und war ein Industrie- und Gewerbestandort in unmittelbarer Nachbarschaft zu Hamburg. Seit 1913 prägte der parteilose Oberbürgermeister Erich Wasa Rodig (1869-1940) maßgeblich die Entwicklung der Stadt. Durch die Umstände nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich Rodig mit dem Altonaer Oberbürgermeister Schnackenburg für eine Eingemeindung der beiden Städte nach Hamburg ein. Allerdings zu dieser Zeit noch vergeblich.<sup>24</sup> 1926 kam es zu neuen Verhandlungen, bei denen Erich Wentker mit Oberbürgermeister Rodig im Berliner Innenministerium beteiligt war. Am 1. Juli 1927 wurden dann zunächst die Nachbargemeinden Jenfeld und Tonndorf-Lohe nach Wandsbek eingemeindet. Erst zehn Jahre später, im April 1937, kam es zur Eingliederung von Wandsbek nach Hamburg.

Die politischen Verantwortungsträger der Stadt kümmerten sich auch um die innerstädtische und soziale Entwicklung. Oberbürgermeister Rodig regte 1927 an, einen genossenschaftlichen Bauträger zu gründen, damit die bei der Stadt angesammelten Hauszinssteuerbeiträge (seit 1924 von Hausbesitzern verlangt, da diese durch Entschuldung ihrer Immobilien in der Hyperinflation profitierten) nicht dem preußischen Fiskus zuflossen, sondern vielmehr dem Wohnungsbau zugute kämen. Einige sozialdemokratische Kommunalpolitiker, darunter auch Erich Wentker, gründete schließlich die „Baugenossenschaft freier Gewerkschafter Wandsbek e.G.m.g.H“. In wenigen Jahren wurde in Wandsbek dadurch eine beachtliche Anzahl moderner Wohnungen geschaffen, die die Stadtentwicklung positiv beeinflussten.<sup>25</sup>

Innerhalb seiner Partei engagierte sich Erich Wentker auch auf Landesebene. Bereits vor 1925 war er Abgeordneter im Provinziallandtag von Schleswig-Holstein und saß dort im Haushaltsaus-

**21** Sozialistische Monatshefte, Ausgabe vom 12. April 1920, S. 276.

**22** Siehe: Jacobsen, Jens-Christian: „Der Stolz der Gesamtpartei?“ Die SPD Schleswig-Holstein 1918-1933, in: Jahrbuch „Demokratische Geschichte“, Bd. 3, Malente 1988, S. 216.

**23** Staatsarchiv Hamburg (STA HH), Personalakten Wandsbek, Best. 422-12, Sig. II W3.

**24** Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk: Hamburgische Biografie – Personenlexikon, Göttingen 2001, S. 374.

**25** Siehe: [http://www.elbstyle.de/whw-stellt-sich-vor\\_entstehung.php](http://www.elbstyle.de/whw-stellt-sich-vor_entstehung.php) (1.6.2009).



Wandsbeker Kassenschein mit Erich Wentkers Unterschrift als Bürgerwirthalter, 1923 (Quelle: Privatbesitz Marcus Herrberger).

schuss. Der Provinziallandtag in Kiel war bis 1919 eine reine Versammlung von Vertretern der verschiedenen Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage, denn als preußischer Provinz wurde Schleswig-Holstein seit 1868 keine eigene politische Repräsentation zugestanden. Politische Vertreter mussten als Abgeordnete für den preußischen Landtag oder den Reichstag kandidieren. Erst ab 1919 passte man sich den neuen politischen Verhältnissen an und wählte auch die Abgeordneten des Provinziallandtages demokratisch. Bei den Reichstagswahlkämpfen 1924 bis 1932 trat Wentker ebenfalls mehrfach als Redner auf, ohne jedoch selbst für den Reichstag zu kandidieren.<sup>26</sup>

**Übernahme in die staatliche Polizeiverwaltung.** Seit Anfang der 1920er Jahre kam es zu grundlegenden Veränderungen und Neuordnungen verschiedener Bereiche der öffentlichen Verwaltung im Land Preußen. So wurden 1923 die Zuständigkeiten der kommunalen und der staatlichen Polizei neu verteilt. Die Schutzpolizei und das Meldewesen wurden verstaatlicht, wohingegen Gewerbe-, Gesundheits- und Baupolizei sowie einige andere Bereiche in kommunaler Verantwortung blieben. Für die Städte Altona und Wandsbek wurde ein gemeinsames staatliches Polizeipräsidium gebildet, das von dem Sozialdemokraten Georg Kirchner (bisher Stadtverordneter von Altona) geleitet wurde.<sup>27</sup> Die Sozialdemokraten waren im Besonderen an einer „Demokratisierung“ der Verwaltung interessiert und suchten das durch die Einsetzung entsprechender Beamter in höheren Positionen zu erreichen. Auf Vorschlag des Wandsbeker Magistrats sollte Erich Wentker eines der unter dem Polizeipräsidium neu eingerichteten Polizeiamter übernehmen. So änderte sich die berufliche Laufbahn des 33-Jährigen schlagartig. Mit Wirkung vom 1. August 1923 ernannte ihn der Regierungspräsident in Schleswig im Auftrag des

<sup>26</sup> STA HH, Personalakte Senatskanzlei, Sig. C 501; siehe auch: Schleswig-Holstein von A-Z, unter: <http://www.geschichte-sh.de/vonabisz/provinziallandtage.htm> (7.2.2009).

<sup>27</sup> Acta Borussiae, Neue Folge. Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, Band 12, 4. April 1925 bis 10. Mai 1938; hg. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer, Hildesheim 2004, Personenregister: Johann Georg Kirchner (1883-1964), S. 609.

preußischen Innenministeriums zum Regierungsrat und Leiter des Polizeiamtes Wandsbek.<sup>28</sup> Damit war ihm ein großer Karrieresprung gelungen. Als nichtgelernter Verwaltungsbeamter arbeitete er sich schnell in seinen neuen Aufgabenbereich ein, bei dem ihm sein organisatorisches Geschick und der gute Kontakt zur Wandsbeker Bevölkerung sehr zugute kam. Nach anderthalb Jahren Dienst schrieb Polizeipräsident Kirchner in einer Personalbeurteilung: *„Der Polizeiamtsleiter, Herr Regierungsrat Wentker, kann im allgemeinen als ein tüchtiger und brauchbarer Beamter angesehen werden, der sich mit großem Fleiß und Hingabe seinen Amtsgeschäften widmet. Bei der Erledigung seiner Arbeiten kommt ihm unzweifelhaft das Vertrautsein mit der Bevölkerung in seinem Amtsbezirk außerordentlich gut zu statten, und wird ihm durch seine Arbeit unter den hier herrschenden komplizierten Verhältnissen erheblich erleichtert. Soweit die Erledigung der Aufgaben des Polizeiamtes in politischer Hinsicht liegen (!), hat Regierungsrat Wentker seine Aufgaben mit großem Geschick gelöst und es dabei verstanden, sich das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise in Wandsbek zu sichern.“*<sup>29</sup>

Da die meisten dieser neuen leitenden Beamten nicht vom Fach waren und als Quereinsteiger oft aus Berufen kamen, die nichts mit der neuen Position zu tun hatten, gab es natürlich auch Angriffe von außen. Einige ansässige Rechtsanwälte versuchten Erich Wentker mangelnde Sachkenntnis und fehlerhafte polizeiliche Entscheidungen zu unterstellen und hoben in ihren Beschwerdeschriftsätzen hervor, dass er *„bis vor kurzem noch Handlungsgehilfe einer Versicherung“* war.<sup>30</sup> Interne Untersuchungen, auch durch den zuständigen Oberstaatsanwalt, entlasteten Wentker jedoch und führten zur Einstellung der Ermittlungsverfahren.

Erich Wentker widmete sich in seinen Amtsgeschäften besonders der Modernisierung der Polizeiverwaltung, was ganz im Sinne des preußischen Innenministeriums war. Motor war dabei auch die im Juni 1925 in Karlsruhe ausgerichtete „Polizeitechnische Ausstellung“. Der dahinterstehende Gedanke *„der Standardisierung und Rationalisierung der polizeitechnischen Arbeit“*, war für viele der in dieser Zeit in entsprechenden Ämtern tätigen Beamten Motivation, das auf ihren Zuständigkeitsbereich zu übertragen. Die Karlsruher Ausstellung hatte allerdings eine weitere Zielrichtung, die daran zu erkennen war, dass auch die breite Öffentlichkeit eingeladen war, sich über die modernsten polizeitechnischen Mittel und Möglichkeiten zu informieren, denn, *„der Laie soll hingelenkt werden auf die Möglichkeit, die Polizei in ihrer Arbeit zu unterstützen und zu fördern.“*<sup>31</sup> Auch das brachte für die Polizeiverwaltungen neue Herausforderungen mit sich, denen sich die leitenden republikanischen Beamten aber stellten.

Ende der 1920er Jahre wurden die allgemeinen Verwaltungsreformen weitergeführt, auch bedingt durch die Bildung neuer Stadtkreise und Stadtgemeinden. So entstand unter anderem in Harburg, das damals zur preußischen Provinz Hannover im Regierungsbezirk Lüneburg gehörte, ein neues Polizeipräsidium. Zuständig war es für

**28** STA HH, Personalakte Wentker, Best. 331-8, Bl. 1.

**29** Ebd., Bl. 7.

**30** Ebd., dort die Vorgänge RA Leptien und Kettler.

**31** Teufel, Manfred: Lothar Barck – Organisator des badischen Polizeiwesens in der Weimarer Republik, in: Kriminalpolizei, Ausgabe September 2003, S. 20, unter: <http://www.kriminalpolizei.de/downloads/ausgabeseptember2003.pdf> (12.8.2009).

Bestellungsurkunde zum Polizeipräsidenten, Berlin 1927 (Quelle: Familienbesitz Juliane Vehreschild, Erika Godschalk)



die Bereiche Verkehrs-, Hafen- und Kriminalpolizei sowie die Sicherheits- und politische Polizei. Dem Präsidium unterstanden 250 Schutzpolizeibeamte, 17 Kriminalbeamte und noch etwa 50 Beamte der Verwaltungspolizei sowie Angestellte im Bürodienst.<sup>32</sup> Der im Juli 1927 gebildete neue Stadtkreis Harburg-Wilhelmsburg hatte ca. 113 000 Einwohner<sup>33</sup>, für die das Polizeipräsidium unter anderem zuständig war. Der Zuständigkeitsbereich der neuen Behörde umfasste aber auch den Stadt- und Landkreis Lüneburg, die Landkreise Bleckede, Dannenberg, Lüchow, Soltau, Uelzen und Winsen sowie einige weitere Kreise südlich von Hamburg.<sup>34</sup>

Erich Wentker hatte sich in den dreieinhalb Jahren als Polizeiverwalter von Wandsbek bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten und auch bei den Oberbehörden einen guten Ruf erarbeitet und sich in seinem Amt bewährt. Der preussische Innenminister ernannte daraufhin Wentker im Januar 1927 kommissarisch zum Polizeipräsidenten in Harburg. Die Wilhelmsburger Zeitung meldete in einer Randnotiz

**32** Stegmann, Dirk: Politische Radikalisierung in der Provinz: Lageberichte und Stärkemeldungen der politischen Polizei und der Regierungspräsidenten für Osthanover 1922-1933, Hannover 1999, S. 115; siehe auch: Verstaatlichung der Pol.-Verw. Harburg, in: Die Polizei, Nr. 24 (1927), S. 61.

**33** Konversations-Lexikon, Bd. 4, Propyläen-Verlag, Berlin 1934, S. 283.

**34** Vorschriften für die staatl. Polizei Preussens, Band 32, 1927, S. 13.

am 2. Februar 1927: „*Herr Regierungsrat Wentker aus Wandsbek hat heute seinen Dienst angetreten. Er wurde vom Polizei-Major Herrn Kruse in Harburg vom Bahnhof abgeholt.*“<sup>35</sup> Nachfolger im Wandsbeker Polizeiamt wurde der Kieler Reichstagsabgeordnete Otto Eggerstedt, der später das Nachbarpräsidium in Altona übernehmen sollte.

Auch in diese neue und größere Aufgabe arbeitete sich der 37-Jährige schnell ein. Am 1. April 1927 schreibt der Regierungspräsident dem Innenminister in Berlin: „*Wie ich in meinem Bericht vom 18. Februar 1927 [...] gemeldet hatte, hat der Regierungsrat Wentker seinen Dienst als Polizeipräsident in Harburg am 2. Februar d. Js. angetreten. Er hat sich in dieser Zeit als ein reger und pflichtgetreuer Beamter gezeigt, der auch die nötige Gewandtheit, Umsicht und den nötigen Takt besitzt, um eine grössere Behörde zu leiten. Er kommt auch gut mit verschiedenen Kreisen der Bevölkerung aus. Ich hatte bereits in meinem [...] Bericht [...] vorgetragen, daß ich voraussichtlich die endgültige Übertragung der Stelle des Polizeipräsidenten an den Regierungsrat Wentker befürworten kann. Ich bitte nunmehr den Regierungsrat Wentker zum Polizeipräsidenten zu ernennen.*“<sup>36</sup> Einen Monat später kam aus Berlin die Bestätigung des Vorschlags und Innenminister Albert Grzesinski (1879-1947) nannte den vierfachen Familienvater zum Polizeipräsidenten.

Einige Monate pendelte Erich Wentker nun täglich zwischen Wohnort und Dienststelle, aber diese Belastung wurde für ihn und die Familie auf Dauer zu groß. Dorothea Wentker war inzwischen mit dem fünften Kind schwanger<sup>37</sup> und so zog die Familie 1928 nach Harburg in die Bissingstraße. Seine Mitgliedschaft im Provinziallandtag von Kiel und seine politischen Ämter bei der Stadt Wandsbek gab er durch den Umzug auf und widmete sich nun ganz der neuen Aufgabe in Harburg.

„**Polizei – dein Freund und Helfer**“ – **Tätigkeit als Polizeipräsident.** Berlin richtete nach dem Erfolg in Karlsruhe im September 1926 ebenfalls eine „Große Polizeiausstellung“ aus, mit dem erklärten Ziel, die Polizeiarbeit zu professionalisieren. Zu diesem Zeitpunkt war Grzesinski noch Berliner Polizeipräsident und er schrieb im Vorwort zu einem Buch der Ausstellung von der Devise für die Polizeibeamten, „*Freund, Helfer und Kamerad der Bevölkerung zu sein*“. Grzesinski wird damit als Urheber des Slogans „*Polizei – dein Freund und Helfer*“ angesehen.<sup>38</sup> Auch als Nachfolger des Innenministers Carl Severing, der den Polizeiberuf als „Lebensberuf“ mit stärkerer „Professionalisierung“ ausbilden wollte und eine zivilere Ausrichtung der Polizei anstrebte, führte Grzesinski die angestoßenen Reformen in der inneren Verwaltung weiter.<sup>39</sup> Auch der Ausbildung und Spezialisierung der Polizeibeamten wurde größter Wert beigemessen, was sich in der Gründung neuer Ausbildungseinrichtungen zeigte. So wurde 1927 die Polizeischule für Technik und Verkehr in Berlin gegründet. Als zentrale Forschungs- und Bildungseinrichtung für höhere Polizeibeamte schuf das Innenministerium schließlich das

**35** Wilhelmsburger Zeitung, Nr. 24 vom 2.2.1927; siehe auch: Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung, vom 9. Februar 1927, S. 125.

**36** STA HH, Polizei-Personalakte Wentker, Best. 331-8, Bl. 87; zur endgültigen Ernennung siehe: Lüneburger Anzeiger, Nr. 99, vom 29.4.1927; Ernennungsurkunde im Besitz der Familie Vehreschild/Godschalk.

**37** Tochter Bertha, die Großmutter des Autors, wurde 1920 geboren; die Söhne Heinrich Wilhelm und Erich Hermann 1922 bzw. 1928. Im Jahr 1933 kam Tochter Marie zur Welt.

**38** [http://de.wikipedia.org/wiki/Albert\\_Grzesinski](http://de.wikipedia.org/wiki/Albert_Grzesinski) (20.1.2009).

**39** Siehe die Dokumentation zur Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, unter: [http://www.dhpol.de/de/hochschule/Ausstellung/Ausstellungsseiten/ausstellung\\_zeit\\_2](http://www.dhpol.de/de/hochschule/Ausstellung/Ausstellungsseiten/ausstellung_zeit_2) (2.7.2009).

„Preußische Polizei-Institut“ in Berlin-Charlottenburg. *„Als Fachinstitut hatte es die Aufgabe, alle Arbeitsgebiete, die für die Polizei in Frage kamen, also Polizeirecht, Berufspsychologie und Pädagogik, Organisation und Verwendung, Kriminologie und Kriminalistik, fachlich aufzubereiten.“*<sup>40</sup>

In diesem Sinne galt Erich Wentkers Bemühen in der Anfangszeit seiner Tätigkeit als Polizeipräsident dem Aufbau dieser neuen Verwaltung. Zum einen war es Ziel, durch eine Verwaltungs- und Büroreform die nötigen Strukturen zu schaffen und zum anderen durch Vorträge und Schulungen die Polizeibeamten auf den republikanischen Geist der Weimarer Verfassung einzuschwören. Um eine einheitliche Verwaltung in Preußen zu erreichen, ließ Innenminister Grzesinski ein „Musterpräsidium“ in Magdeburg einrichten. Nach einer Probephase wurden die preußischen Polizeiverwalter im Januar 1929 nach Berlin eingeladen, wo ihnen das Projekt vorgestellt wurde und sie anschließend gemeinsam nach Magdeburg fuhren, um die neue Einrichtung zu besichtigen. Sinn und Zweck dieser Büroreform war es, *„eine klare Gliederung und zweckmäßige Einrichtung der Verwaltung unter Verwendung neuer technischer Hilfsmittel“*<sup>41</sup> zu erreichen. Es ging darum, mit dem Stand der Technik Schritt zu halten. Der Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, Bill Drews, drückte es treffend aus: *„Das Tempo unserer Zeit ist ein anderes geworden und stellt andere Anforderungen. Wir fahren jetzt Auto und Luftschiff.“*<sup>42</sup>

Um die Polizeiarbeit in den Ämtern zu rationalisieren und zu professionalisieren, wurden einheitliche Karteimittel und Formulare, moderne Schreib- und Rechenmaschinen und Aktenschränke angeschafft sowie die Geschäftsverteilung einheitlich für ganz Preußen geregelt. Erich Wentker führte diese Neuerungen schrittweise an seinem Dienstsitz in Harburg ein, was dazu führte, dass seine Behörde auch als Referenz für eine gelungene Umstrukturierung herangezogen wurde. Das Polizeipräsidium befand sich in dieser Zeit in dem für 150 000 Mark angekauften Gebäude der ehemaligen Heimstätte der Jute-Spinnerei & Weberei AG in der Georgstraße 7 (heute Ecke Nöldekestraße/Jutestraße) im Stadtteil Wilstorf.<sup>43</sup>

Auf verschiedenen Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen hielt Erich Wentker Vorträge, vor allem über die „Stellung des demokratischen Polizeibeamten in der Republik“. Einer seiner Vorträge auf der Tagung der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung in Harburg im September 1929 löste einigen Wirbel aus. Er hatte sich zur Polizeistruktur in Preußen und Hamburg geäußert und wurde in manchen Teilen dabei, bewusst oder unbewusst, von einigen missverstanden. In der Rechtspresse gab man einige seiner Vorschläge entstellt wieder und unterstellte ihm schließlich, er habe vorgeschlagen, die Polizei dem „Reichsverkehrsministerium“ anzugliedern. Der Regierungspräsident forderte daraufhin den Vortrag an, um sich ein eigenes Bild zu machen. Im Memorandum zu diesem Vortrag mit dem Titel *„Gedanken über eine einheitliche Polizei und Polizeiverwaltung im grosshamburgischen Wirtschaftsgebiet“*<sup>44</sup>,

**40** Naas, Stefan: Die Entstehung des Preussischen Polizeiverwaltungsgesetzes von 1931, Tübingen 2003, S. 189f.

**41** Ebd., S. 190.

**42** Bis vor wenigen Jahren befand sich in diesem Gebäude noch eine Dienststelle der Polizei. Ebd.

**43** Siehe: Harburg hatte drei Wachen und eine eigene Bereitschaftspolizei, in: Harburg-aktuell, 21. August 2009, unter: <http://www.harburg-aktuell.de> (2.9.2009).

**44** HSTA Hann, Personalakte, Bl. 114-121.

führte Wentker zunächst aus: „*Ich verwies auf die Notwendigkeit, auf allen Beamntentagungen immer wieder den Versuch zu einer staatspolitischen Schulung der Beamten zu machen, damit sie in das Verständnis der Reichsverfassung und der neuen Staatsform eingeführt würden und sowohl das historisch Gewordene verstehen, als auch das Verständnis für eine vernünftige Weiterentwicklung des heutigen Staates gewinnen müssten.*“ Das eigentliche Ziel seines Vortrages war allerdings Folgendes: „*Die Aufgabe, die ich mir in meinem Vortrag gesteckt habe, sei es, in ähnlicher Weise für das grosshamburgische Wirtschaftsgebiet das Vernunftwidrige der heutigen Grenzziehung nachzuweisen und insbesondere zu zeigen, welche Vorteile finanzieller und organisatorischer Art die Schaffung einer einheitlichen Polizei im grosshamburgischen Wirtschaftsgebiet habe.*“


Wentker ging dann auf die uneinheitlichen Strukturen in der Verwaltung ein und sprach über die Vorteile einer Zentralisierung sowohl für die Polizei als auch für die Bevölkerung, die sich mit unterschiedlichen Polizeiverordnungen herumschlagen müsse und besonders an den Orten, die Schnittstellen zwischen Hamburg und Preußen darstellen, oft Unverständnis hervorrufen. Auch die Behördenorganisation könne dadurch vereinfacht werden, sodass nicht in unmittelbarer Nachbarschaft drei Steckbriefregister geführt werden müssten und auch nur eine Funkstelle sowie eine Fernsprechzentrale vorgehalten werden brauche. All das wäre aber nach seiner Meinung erst realisierbar, wenn die Landesgrenzen fielen und der preußische Einheitsstaat mit einer Reichspolizei Wirklichkeit würde. Zusammenfassend stellte er fest: „*Der gute Wille von vernunftmässiger Zusammenarbeit ist durch die Erklärung der preussischen Staatsregierung und des Hamburger Senats, die einheitliche Entwicklung des hamburgisch-preussischen Wirtschaftsgebietes an der unteren Elbe in gemeinsamer Arbeit so zu treffen, als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären, bekundet worden, und ich hoffe, dass eines Tages dieser gute Wille zur Tat würde, selbst wenn dann 2 Polizeipräsidenten und zwar der Altonaer und der Harburger überflüssig würden.*“<sup>45</sup>

Dass diese Entwicklung, allerdings mit fatalen Folgen, viel schneller eintreten würde, hätte sich Erich Wentker sicher nicht gedacht. Die Nationalsozialisten setzten wenige Jahre später Stück für Stück die Zentralisierung der Polizei um und lösten tatsächlich die Polizeipräsiden in Altona und Harburg auf. Sie schufen mit der Reichspolizei ein Machtinstrument, bei dem es nicht um Vereinfachung und Rationalisierung ging, sondern um Beherrschung und Unterdrückung politischer Gegner, schließlich unter Heinrich Himmler als „*Chef der Deutschen Polizei*“.<sup>46</sup>

Die engagierte Tätigkeit von Erich Wentker fand stets das Wohlwollen seiner Vorgesetzten. Dies spiegeln vor allem die Personalbeurteilungen der Regierungspräsidenten wieder. So beschreibt der Lüneburger Regierungspräsident Dr. Christian Herbst Wentkers Befähigung mit „*gewandt, kenntnisreich, umsichtig, entschlossenkräftig*

<sup>45</sup> Ebd. Bl. 120

<sup>46</sup> Möller, Horst u.a. (Hg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich. Institut für Zeitgeschichte, München 1999, S. 151 ff.

	Ehefrau
	Lichtbild
Unterschrift des Paßinhabers <i>Erich Wentker</i> und seiner Ehefrau	
Es wird hiermit bescheinigt, daß der Inhaber die durch das obenstehende Lichtbild dargestellte Person ist und die darunter befindliche Unterschrift eigenhändig vollzogen hat.	
Harburg-Wilhelmsburg den 22. Mai 1931 Der Polizei-Präsident <i>H. Nimmann</i> Pol.-Inspektor.	

PERSONENBESCHREIBUNG	
Beruf <i>Polizei-Präsident</i>	Ehefrau
Geburtsort <i>Berlin</i>	
Geburtsdag <i>16. 3. 1890</i>	
Wohnort <i>Harburg-Wilhelmsburg</i>	
Gestalt <i>groß, stark</i>	
Gesicht <i>oval</i>	
Farbe der Augen <i>graugrün</i>	
Farbe des Haares <i>grau-schwarz</i>	
Besond. Kennzeichen	
KINDER	
Name	Alter
Geschlecht	
3	

Reisepass für den Polizeipräsidenten Erich Wentker, Harburg 1931 (Quelle: Familienbesitz Juliane Vehreschild, Erika Godschalk).

und zuverlässig.“ In der Gesamtbewertung der Dienstführung bescheinigt er diese mit „*tadellos*“.<sup>47</sup> Auch beim preußischen Innenminister Grzesinski schien Erich Wentker als aufstrebender und fähiger Beamter Eindruck gemacht zu haben, denn nach nur kurzer Zeit in Harburg bot ihm der Innenminister das mit größerer Verantwortung verbundene Polizeipräsidium in Königsberg an. Aus Rücksicht auf seine Familie, die sich erst in Harburg eingelebt hatte, lehnte Wentker dies allerdings ab. Eine besondere Anerkennung seiner Arbeit beim Aufbau des Harburger Präsidiums erhielt der 40-Jährige mit der Berufung in den Beirat des Preußischen Polizei-Instituts.<sup>48</sup> Der 1930 gegründete Beirat „*diskutierte Vorschläge für die Aus- und Weiterbildung, beschäftigte sich mit der Planung und Durchführung von Polizeitagen sowie der Begutachtung von Lehrmitteln*.“<sup>49</sup>

**47** HSTA Hann, Personalakte, Personalbeurteilungsbogen vom 15.3.29 und 31.3.31, Bl. 104 und 124.

**48** Acta Borussica, a.a.O., Personenregister: Erich Wentker (1890-1947), S. 727.

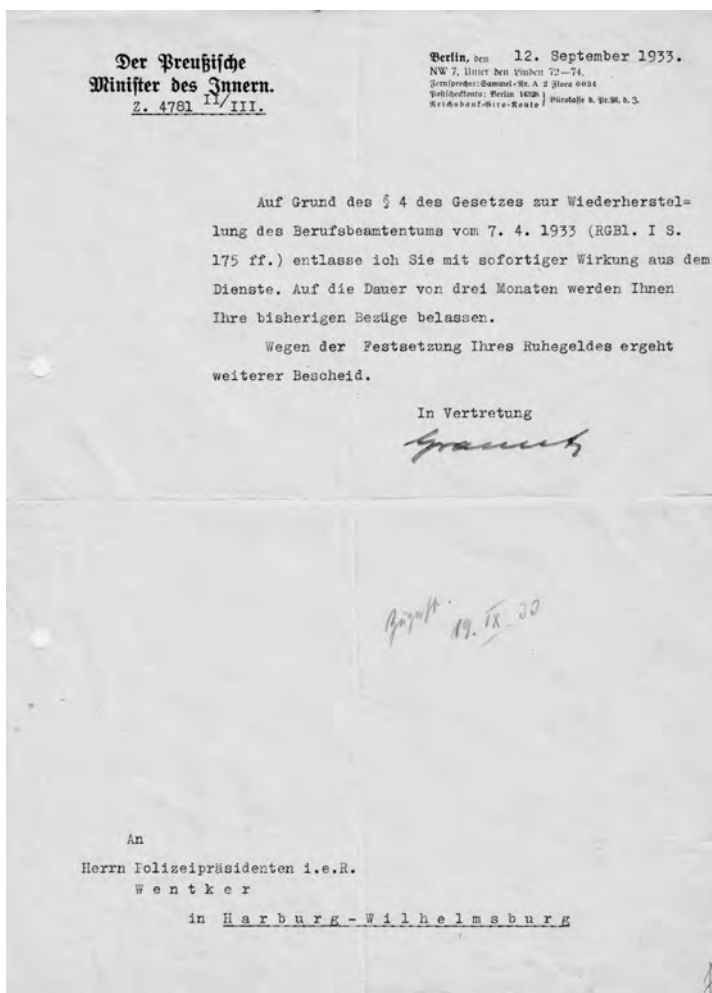
**49** Naas, a.a.O., S. 190.

**50** Stegmann, Politische Radikalisierung, FN 32.

**51** Stegmann, Politische Radikalisierung, S. 127, 323ff, 363; siehe auch: Stegmann, Dirk: Der Landkreis Harburg, 1918-1949: Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur. Hamburg 1994, S. 149, 156, 160, 202, 226; siehe: HSTA Hann, Sig.: Hann. 180 Lüneburg Acc. 3/030 Nr. 179.

**Politische Radikalisierung und Entlassung aus dem Amt.** In den folgenden Jahren verschob sich die Tätigkeit von der Modernisierung der Polizeiarbeit hin zu einer immer mehr in die Politik eingreifenden und überwachenden Funktion. Durch die Verschärfung in der Auseinandersetzung der politischen Parteien miteinander, vor allem auch radikaler Gruppierungen – rechter wie linker –, reagierte das preußische Innenministerium mit dem Auftrag an die Polizeibehörden zur verstärkten Überwachung der politischen Gegner der Republik. Zahlreiche Belege dazu finden sich in der umfangreichen Studie von Dirk Stegmann.<sup>50</sup> In regelmäßigen Abständen meldete Wentker an





Endgültige Entlassung als Polizeipräsident nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, Berlin 1933 (Quelle: Familienbesitz Margrit Schönfeld).

die Regierungspräsidenten und auch nach Berlin die Stärke und Organisation radikaler Gruppierungen sowie deren Aktivitäten.<sup>51</sup>

Über diese Zeit schrieb Erich Wentker 1945 in einem Fragebogen der Militärregierung: „Als Leiter der staatlichen Polizeiverwaltung in Harburg-Wilhelmsburg benutzte ich jede sich bietende Gelegenheit in politischen Vorträgen die Beamten über die Gefahr des Nationalsozialismus aufzuklären. Ich veranlasste die Regierungspräsidenten in Lüneburg und Stade mir Gelegenheit zu geben an den Landjäger-Dienstversammlungen teilzunehmen, bei welchem Anlass ich Referate über die NSDAP [...] hielt. So sprach ich u.a. im Jahre 1932 in der Versammlung der leitenden Beamten der Landjäger im Regierungsbezirk Lüneburg über die hochverräterischen Bestrebungen der NSDAP und hielt bald danach ein ähnliches Referat vor den Landräten des Regierungsbezirks. [...] Aus Anlass der Reichspräsidentenwahl 1932 sprach ich in einer grossen überfüllten Beamtenversammlung in Wesermünde über die Gefahr für das Deutsche Volk, wenn Hitler Reichspräsident würde.“<sup>52</sup>

<sup>52</sup> STA HH, Personalakte Senatskanzlei, Sig. C 501, Military Government of Germany, Fragebogen, 3. Juli 1945, Anlage 1.

Wentkers Bestrebungen gingen allerdings noch weiter und führten auch zu massiven Anfeindungen. Er schreibt: „*Ich war bei ihnen [den Nationalsozialisten, d.V.] besonders verhasst, zumal ich es abgelehnt hatte, eine Versammlung mit Adolf Hitler als Redner zu genehmigen.*“<sup>53</sup> Vor allem mit dem NS-Gauleiter Telschow wurde dieser Kampf ausgetragen, denn auch gegen ihn hatte sich Wentker für ein Redeverbot eingesetzt und zudem NS-Kampfblätter beschlagnahmen lassen.<sup>54</sup> Ein weiterer Beleg für diese Auseinandersetzungen findet sich in einer zeitgenössischen NS-Propagandaschrift, in der erwähnt wird, dass der Gauleiter im „Niedersachsen-Stürmer“ einen offenen Brief an Wentker gerichtet hatte.<sup>55</sup> In ähnlicher Weise waren die Aktivitäten der politischen Überwachung aber auch auf radikale linke Gruppierungen und die KPD gerichtet. In der Literatur ist dies bereits gut belegt.<sup>56</sup>

Nach den preußischen Landtagswahlen im April 1932 spitzte sich die Lage auch in der Provinz Schleswig-Holstein zu. Da die Nationalsozialisten stärkste Kraft geworden waren, forderten sie von der Preußischen Regierung auch eine politische Beteiligung in der Provinz. In Berlin lehnte man dies strikt ab. Die bisher SPD-geführte Regierung in einer Koalition mit Zentrum und DDP im Freistaat Preußen hatte nach den Landtagswahlen keine eigene Mehrheit mehr und war nur noch geschäftsführend im Amt.<sup>57</sup> Am 17. Juli 1932 sollte allerdings ein Ereignis, das als „Altonaer Blutsonntag“ in die Geschichtsbücher einging, ein willkommener Anlass für Reichskanzler Franz von Papen sein, die geschäftsführende Landesregierung abzusetzen, nachdem er sich selbst als sogenannter Reichskommissar per „Notverordnung“ von Paul von Hindenburg hatte ernennen lassen. Dieses, als „Preußenschlag“ bekanntgewordene Ereignis vom 20. Juli 1932, sollte der Auftakt für die „Gleichschaltung“ im gesamten Reich werden.<sup>58</sup>

Am Sonntag, den 17. Juli 1932, zogen auf einem Werbemarsch etwa 7000 SA-Männer durch das als „rote Hochburg“ geltende Altona. Es kam dabei zu Krawallen und Straßenschlachten, bei denen die Altonaer und die Hamburger Polizeikräfte überfordert waren und die Übersicht verloren. Infolge der chaotischen Verhältnisse wurden 18 Menschen getötet, die Mehrzahl offensichtlich unbeteiligte Anwohner, zahlreiche andere wurden verletzt.<sup>59</sup> Teile der Altonaer Polizeiführung und Polizeipräsident Eggerstedt waren zu dieser Zeit in Kiel, so dass man ihnen vor allem das Versagen vor Ort anlastete und insgesamt die Preußische Regierung verantwortlich machte. Eggerstedt wurde umgehend abgesetzt und auch die Polizeiführung in Berlin wurde unter Arrest gestellt, bis sie sich schriftlich verpflichtet hatte, keine weiteren Amtsgeschäfte vorzunehmen. In den folgenden Monaten wurden nach und nach die Beamten in den Führungspositionen bei den Provinzverwaltungen und Polizeipräsidiën, die erklärte SPD-Anhänger waren, aus ihren Ämtern entfernt. Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ meldete am 5. Oktober 1932: „*Nachdem schon vor längerer Zeit die Oberpräsidien von allen Beamten gereinigt worden sind, die sich zum Volksstaat bekennen, sind nun-*

**53** Ebd., Anlage 2.

**54** Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik: Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der nationalsozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 350, 359.

**55** Henningsen, Hans: Niedersachsenland, du wurdest unser! Zehn Jahre Nationalsozialismus im Gau Ost-Hannover, Streiflichter aus der Kampfzeit. Niedersachsen-Stürmer-Verlag 1935, S. 53.

**56** Ellermeyer, Jürgen/Richter, Klaus/Stegmann, Dirk: Harburg – Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs, 1288-1988, Hamburg 1988, S. 420, 430, 442; Wernecke, Klaus: „Das Gesicht dem Dorfe zu...“ Die KPD im Regierungsbezirk Lüneburg, in: Meyer, Beate/Szodrzyński, Joachim: Vom Zweifeln und Weitermachen: Fragmente der Hamburger KPD-Geschichte, Hamburg 1988, S. 21, 29, 32; siehe auch: Gotsche, Otto: Erlebt und aufgeschrieben: Aufsätze, Repliken, Reden, Halle-Leipzig 1981, S. 74.

**57** Preußenschlag, in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fenschlag> (17.2.2009).

**58** Schleswig-Holstein von A-Z unter: <http://www.geschichte-s-h.de/vonabisz/gleichschaltung.htm> (7.2.2009).

**59** Ebd.: unter: [http://www.geschichte-s-h.de/vonabisz/altonaer\\_blutsonntag.htm](http://www.geschichte-s-h.de/vonabisz/altonaer_blutsonntag.htm) (7.2.2009).

mehr in den Regierungspräsidien und den Polizeipräsidien Angehörige der bisherigen Koalitionsparteien und Beamte, die im Verdacht fortschrittlicher Gesinnung stehen, durch waschechte Reaktionen ersetzt worden. [...] Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1932 folgende Personalveränderungen beschlossen: [...] Der Polizeipräsident in Harburg-Wilhelmsburg Wentker wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt.<sup>60</sup>

Erich Wentkers berufliche Karriere war damit auf unbestimmte Zeit unterbrochen. Für die siebenköpfige Familie begann eine Zeit der Ungewissheit. Abgelöst wurde Wentker allerdings nicht von einem „reaktionären“ Beamten, sondern erstaunlicherweise von SPD-Mitglied Erich Danehl, ebenfalls SPD-Mitglied. Danehl ist bekannt geworden als enger Freund und Vertrauter des Schriftstellers Kurt Tucholsky, der ihm in seiner Novelle „Schloß Gripsholm“ literarisch stilisiert eine bleibende Erinnerung setzte.<sup>61</sup> Im Februar 1933 wurde Danehl dann ebenfalls wieder abgesetzt, nachdem er eine Demonstration der Harburger NSDAP verboten hatte.<sup>62</sup>

Für Wentker war in den Monaten nach der Entlassung die wirtschaftliche Situation immer schwieriger geworden. Er musste mit seiner Familie die Dienstwohnung verlassen, man kürzte ihm umgehend seine Bezüge und stellte die Zahlungen über Monate sogar ganz ein. Der damalige Regierungspräsident Franz Hermann Reschke, den Wentker gut kannte, setzte sich dann dafür ein, dass er Abschlagszahlungen erhielt, um seine Kosten bestreiten zu können. Bis August 1933 zog sich im Berliner Innenministerium die Berechnung des „Ruhegehalts“ hin. Die inzwischen an die Macht gelangten Nationalsozialisten hatten mit dem im April 1933 erlassenen „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ein Mittel geschaffen, um sich endgültig von politisch unliebsamen und „nichtarischen“ Beamten zu trennen. Am 12. September 1933 erhielt Erich Wentker auf Grund dieses Gesetzes schließlich seine endgültige Entlassung. Ein Aktenvermerk und ein Schreiben des Regierungspräsidiums Lüneburg an den Innenminister in Berlin zeigen, worum es dabei hauptsächlich ging: *„Während seiner Tätigkeit als Polizeipräsident in Harburg hat Wentker als langjähriges Mitglied der S.P.D. und des Reichsbanners es an Verfolgungen der NSDAP nicht fehlen lassen. [...] Ferner darf ich auf die Äusserung des früheren Kreisleiters der NSDAP, Kaufmanns Stummeyer in Harburg-Wbg. hinweisen, in der dieser Zeuge ausdrücklich bestätigt, dass Wentker einseitig politisch eingestellt gewesen sei. Stummeyer entsinnt sich aus verschiedenen Anlässen, dass Wentker ‚stets seine dienstliche Handhabung gegen die nationale Bewegung, insbesondere gegen die NSDAP angewandt habe.‘ Im übrigen ist allgemein bekannt, dass der Polizeipräsident i.e.R. Wentker einen besonders energischen Kampf gegen die NSDAP – aber auch gegen die K.P.D. – geführt hat [...].“*<sup>63</sup>

Mit der Entlassung begann nicht nur eine ungewisse Zukunft, sondern auch die Drangsalierung der Familie durch die neuen

<sup>60</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst, hg. C. Geyer, Berlin, 5. Oktober 1932, S. 1, 2f.; Schreiben des Preußischen Innenministers vom 6. Oktober 1932 an Polizeipräsident Wentker, Familienbesitz Schönfeld.

<sup>61</sup> Soldenhoff, Richard von (Hg.): Kurt Tucholsky 1890-1935. Ein Lebensbild. „Erlebnis und Schreiben waren ja – wie immer – zweierlei, Berlin 1985, S. 184; siehe auch: Sassin, Horst: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942, Hamburg 1993, S. 143. Zum Werdegang, siehe: Acta Borussica, a.a.O., Personenregister: Dr. Erich Danehl (1887-1954), S. 546.

<sup>62</sup> VVN-BdA Harburg (Hg.): die anderen. Widerstand und Verfolgung in Harburg und Wilhelmsburg, Zeugnisse und Berichte 1933-1945, 6. Aufl., Hamburg 2005, S. 53.

<sup>63</sup> HSTA Hann, Personalakte, Der Reg.Präs., 1. September 1933, Berichterstatter: Regierungsrat Dr. Lampe, Aktenvermerk und Schreiben.

Machthaber. Erich Wentker schrieb rückblickend darüber: „Nach dem 1. Februar 1933 musste ich wiederholte Haussuchungen und zahlreiche Vernehmungen über mich ergehen lassen. Meine Post wurde lange überwacht. Die Nachbarn ausgefragt, durch Abhören mit Mikrofonen, allerdings vergeblich, versucht, den Nachweis zu führen, dass ich ausländische Sender hörte. Beruflich wurde ich dadurch behindert, dass das Arbeitsamt mir keine Stellung nachwies, sodass ich auf das saure Brot eines Provisionsagenten angewiesen war. Sogar die Ausstellung einer Reiselegitimationskarte wurde mir von der Polizeibehörde abgelehnt [...]. Auch meine Familie litt schwer unter dem ständigen Druck. So war meine Frau auf Grund einer Denunziation einige Wochen inhaftiert und auch meine Kinder hatten viel unter nationalsozialistischen Bespitzelungen zu leiden.“<sup>64</sup>

Dorothea Wentker war am 10. Februar 1943 zu Hause von der Gestapo verhaftet worden und für einige Wochen inhaftiert gewesen. In dieser Zeit zog sie sich einen schweren gesundheitlichen Schaden zu, da sie durch die Umstände der Haft schwere Gallenkoliken bekam, die nicht behandelt wurden. Zwei Kinder wurden von den Schulgremien schikaniert, indem man ihnen die Zulassung zum Abitur verweigerte, da sie nicht der HJ und dem BDM beigetreten waren. Die anderen Kinder erhielten nur über Umwege eine Lehrstelle, zum Teil bei Freunden der Familie, da aus Furcht vor Nachteilen kein Arbeitgeber bereit war sie einzustellen.<sup>65</sup>

**64** STA HH, Personalakte Senatskanzlei, Sig. C 501, Military Government of Germany, Fragebogen, 3. Juli 1945, Anlage 1. Wentker wurde 1933 mehrfach durch ihm vormals untergebene Kriminalbeamte und auch durch den Harburger Gestapo-Chef Freiherr von Diepenbroik-Grüter vernommen, siehe: Stegmann, Politische Radikalisierung, FN 32, S. 125.

**65** Bericht Thea Wentker, handschriftlich, o.O., o.D. (nach 1945), Familienbesitz Schönfeld.

**66** Sassin, R. Horst: Liberalismus und Widerstand, in: Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 323, Bonn 1994, S. 208-218, hier 216. Wolfgang Benz erwähnte Erich Wentker bereits 1981 im Zusammenhang mit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe: Benz, Wolfgang: Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Heft 29, 1981, S. 441.

**67** Zirkel-Mitteilungsblatt der Vereinten Bünde für demokratischen Aufbau, 1. Jg., Nr. 2, [Hamburg] Oktober 1946, S. 1, im Besitz des Verfassers.

**Beteiligung an verschiedenen Widerstandsgruppen.** Bereits im Februar 1934 war die Familie nach Hamburg-Barmbek in das Elternhaus gezogen, um weiteren Repressalien in Harburg zu entgehen. Erich Wentker knüpfte in Hamburg umgehend Kontakte zu ehemaligen Mitstreitern aus der SPD und anderen Nazi-Gegnern. Erst vor wenigen Jahren wurde das Ausmaß einer reichsweit agierenden Widerstandsgruppe durch eine umfassende Untersuchung des Gymnasiallehrers Dr. Horst Sassin bekannt.

So fand Erich Wentkers Name auch Eingang in die Widerstandsgeschichtsschreibung.<sup>66</sup> Bereits kurz nach dem Ende des NS-Regimes berichtete ein in Hamburg erschienenes Mitteilungsblatt der „Vereinten Bünde für demokratischen Aufbau“ über die Geschichte verschiedener Widerstandskreise, so auch über den „Bund Freies Hamburg“: „Der ‘Bund’ entstand schon 1933 allerdings blieb er 12 Jahre lang namenlos. ‘Getauft’ wurde er erst am 5. Mai 1945, als er sich öffentlich zu erkennen gab. Vorher stellte er die örtliche Gruppe einer über das Reich verzweigten Widerstandsorganisation dar, der er sich 1934 angeschlossen hatte. Der Leiter der Hamburger Gruppe, ‘Der Schwarze’ [Hans Robinsohn, d. Verf.] mußte sich leider im Jahre 1938 nach Kopenhagen zurückziehen. In Hamburg hielt unterdessen Dr. Ablaß, vor allem unterstützt von dem alten Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und früheren Harburger Polizeipräsidenten Wentker die Fäden zusammen. [...] In große Gefahr gerieten die Hamburger, als die Berliner Zentrale 1942 ‘aufflog’ und mehrere

*dortige Freunde verhaftet wurden, darunter auch der 'Chef' [Dr. Ernst Strassmann, d. Verf.] selbst. Seine geschickte Rechtfertigungstaktik vor der Gestapo beugte jedoch einem Umsichgreifen der Verhaftungswelle vor.“<sup>67</sup>*

Der Widerstand in Hamburg formierte sich zunächst in kleinen Gruppen, die durch Führungsmitglieder wie Erich Wentker Kontakt zu Gleichgesinnten aufnahmen. Mit dem Hamburger Kaufmann Hans Robinsohn verband Wentker offensichtlich seit längerem eine Beziehung. Wentkers Tochter Bertha hatte im Konfektionshaus Robinsohn eine Lehrstelle erhalten. Hans Robinsohn wiederum war ein enger Freund des Berliner Landgerichtsrats Ernst Strassmann, zu dessen 40. Geburtstag sich 1937 die Mitglieder verschiedener im Deutschen Reich verstreuter Widerstandsgruppen in Berlin trafen. An der Feier nahmen neben Wentker beispielsweise auch der ehemalige Harburger Bürgermeister Dr. Dudek teil, der Hamburger Lehrer Hermann Lange sowie der Mecklenburger Ministerialrat und Richter Dr. Hans Lachmund und der Bamberger Anwalt Dr. Thomas Dehler, der nach dem Krieg erster Bundesjustizminister wurde.<sup>68</sup> Über diese und andere Führungspersonen wurden weitere Mitglieder für die Gruppe gewonnen, so Wentkers Nachfolger als Polizeipräsident Dr. Erich Danehl.

Zu den Zielen der Gruppe heißt es: *„Die Tätigkeit der Strassmann-Gruppe bestand im Sammeln von Nachrichten und im Versuch, das Ausland auf die Existenz oppositioneller Strömungen in Deutschland aufmerksam zu machen und Unterstützung für eine Regierung nach einem Umsturz in Deutschland zu gewinnen. Im Frühjahr 1939 nahmen Vertreter der Gruppe zum britischen Außenministerium Kontakt auf. Konkrete Hilfe für den deutschen Widerstand ergab sich daraus aber nicht.“<sup>69</sup>* Die Gruppe nahm durch ihre vielfältigen Kontakte, vor allem die persönlichen Beziehungen Ernst Strassmanns zu führenden Männern der deutschen Abwehr, damit auch Verbindung zu Männern des „20. Juli“ auf. So bestand schon früh Verbindung zum Goerdeler-Beck-Kreis, zu Canaris und Mitgliedern des „Kreisauer Kreises“.<sup>70</sup>

Speziell Erich Wentker hielt durch private Reisen Kontakt mit den Verbindungsleuten in Kiel, Rostock, Schwerin, Anklam und Greifswald, dort vor allem mit Hans Lachmund. Durch seine Tätigkeit als Polizeipräsident hatte Wentker zudem noch umfangreiche Kontakte in den Hamburger Polizeiapparat, aus dem die Gruppe wichtige Informationen erhielt. Da man streng konspirativ arbeitete, kam es 1942 nach der Verhaftung Ernst Strassmanns, vor allem wegen dessen geschickten Argumentierens bei den Verhören der Gestapo, nicht zur Zerschlagung der einzelnen Gruppen. Horst Sassin resümiert über den Einsatz dieser Männer, so auch Erich Wentkers: *„Alle Führungsmitglieder hatten unter dem NS-Staat berufliche Nachteile hinnehmen müssen bis hin zur Entlassung. [...] Wenn sie sich nun nicht darauf beschränkten, finanziell ins reine zu kommen, sondern langfristig Kraft, Zeit und Geld in die Organisation des Widerstands investierten, ohne dessen Chance absehen zu können,*

**68** Sassin, *Liberale im Widerstand*, a.a.O., S. 424.

**69** Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung unter: [http://www.bpb.de/publikationen/IDN9WE,4,0,Widerstand\\_traditioneller\\_Eliten.html](http://www.bpb.de/publikationen/IDN9WE,4,0,Widerstand_traditioneller_Eliten.html) (8.12.2009).

**70** Sassin, *Liberale im Widerstand*, a.a.O., S. 123, 153, 159; siehe auch: Lebenslauf von Erich Wentker, Celle, o.D. [Oktober 1947], Familienbesitz Schönfeld.

**71** Ebd., S. 78.

*spricht daraus ein hohes politisches Bewußtsein und Verantwortungsgefühl.*<sup>71</sup>

Familie Wentker hatte während des Krieges aber nicht nur mit der Drangsalierung durch die NS-Behörden und mit der Angst vor Aufdeckung der Widerstandsaktivitäten zu kämpfen, sondern blieb auch von den allgemeinen Folgen des Krieges nicht verschont. Der ältere Sohn Heinrich wurde zur Wehrmacht eingezogen und kam als Gefreiter an die russische Front. Am 24. Januar 1942 verstarb er knapp 20-jährig im Feldlazarett Utorgosch an einer Verwundung. Im Juli 1943 kam mit den schweren Luftangriffen auf Hamburg dazu noch die Zerstörung des Elternhauses und des gesamten Hab und Guts. Auch gesundheitlich ist die Zeit der NS-Herrschaft sowohl an Erich als auch an Dorothea Wentker nicht spurlos vorübergegangen.

**Neuanfang nach 1945 und früher Tod.** Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und der Besetzung Hamburgs durch die Alliierten stellte sich Erich Wentker den Behörden für den Wiederaufbau der Verwaltung zur Verfügung. Er schrieb am 29. Juni 1945 an den Ersten Bürgermeister Rudolf Petersen: *„Bei dem schweren Werk, Deutschland von der Naziherrschaft und ihren furchtbaren Folgen zu befreien und der Welt den guten Willen zum ehrlichen Wiederaufbau zu zeigen, möchte ich auch meine Kräfte nicht brachliegen lassen. Ich bitte deshalb, mich zur Mitarbeit heranziehen zu wollen.*“<sup>72</sup> Auf

**72** STA HH, Personalakte Senatskanzlei, Sig. C 501, Gesuch des Polizeipräsidenten a.D. Wentker um Einstellung in den hamburgischen Staatsdienst, 29. Juni 1945.

**73** Ebd., Ernennungsurkunde vom 30. Juli 1945.

**74** Voss, Rainer: Auf dem Weg zur Demokratie. Neubeginn des politischen Lebens im Landkreis Celle nach dem 2. Weltkrieg. Celle 1997, S. 15, 54, 56. Ich danke Herrn Voss für weiteres zur Verfügung gestelltes Material. Siehe zu Erich Wentker auch: Schulze, Rainer: Unruhige Zeiten: Erlebnisberichte aus dem Landkreis Celle 1945-1949, München 1990, S. 25, sowie: Mijndert, Bertram und Bomann-Museum (Hg): Celle '45: Aspekte einer Zeitenwende. Begleitpublikation zur Ausstellung im Bomann-Museum Celle vom 13. April bis 24. September 1995. Celle 1995, S. 33, 54, 60 und Voss, Rainer: „Der Weg der Demokratie ist ein alter deutscher Weg“ – Im ersten Celler Kreistag dominierte die Landespartei. 50 Jahre Kreistag nach dem Krieg, erste Sitzung 1946, in: Cellesche Zeitung vom 2. Oktober 1996.

Grund der langjährigen Tätigkeit in der Weimarer Republik und im Zuge der Wiedergutmachung wurde Erich Wentker durch den Hamburger Senat als Beamter auf Lebenszeit berufen und zum Senatsrat ernannt.<sup>73</sup> Gleichzeitig hatte man ihm die Stelle des Bürgermeisters von Hamburg-Bramfeld zugewiesen. Nur zwei Monate hatte er dieses Amt inne und fühlte sich offensichtlich damit nicht ausgefüllt. Er bewarb sich bei der ihm bereits in der Weimarer Zeit vorgesetzten Behörde, dem Regierungspräsidium Lüneburg. Am 8. Oktober 1945 wurde er durch den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Hinrich Wilhelm Kopf, zum hauptamtlichen Landrat von Celle ernannt. Nach der neuen Gemeindeordnung vom 1. April 1946, bei der man nach englischem Vorbild zwei Führungsämter im Kreis schuf, das des politischen Repräsentanten (Landrat) und des obersten Verwaltungsbeamten (Oberkreisdirektor), entschied sich Erich Wentker für das Letztere.<sup>74</sup> Wentker war nun – auch bedingt durch die eher ländliche Bevölkerungsstruktur im Gegensatz zu Hamburg – mit ganz anderen Problemen konfrontiert. Seine langjährige kommunalpolitische Erfahrung aus der Wandsbeker Zeit kam ihm dabei sehr zugute. Nicht unwichtig war auch Erich Wentkers gutes Einvernehmen mit dem Leiter der britischen Militärregierung in Celle, Major Hudson, der im Gegenzug ebenfalls große Sympathien für Wentker hegte.

Noch in seiner Funktion als Landrat war Erich Wentker teilweise mit einer wichtigen gedenkpolitischen Aufgabe betraut. Die britische Militärregierung hatte im Herbst 1945 angeordnet, das unweit Celle gelegene Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen in eine Gedenkstätte umzuwandeln. Die zuständige Pro-



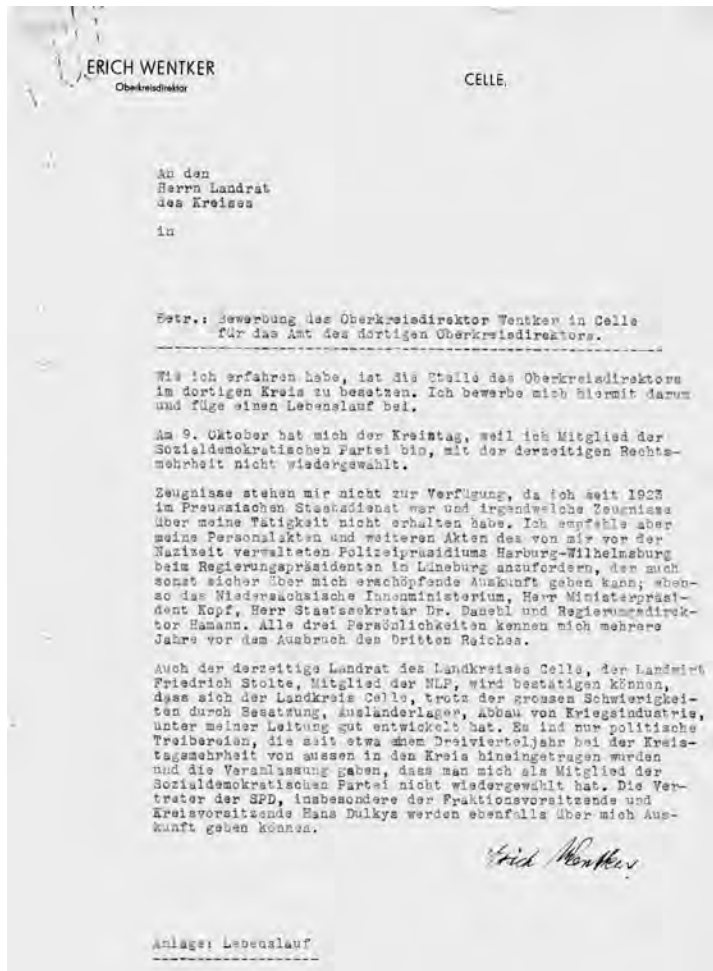
„Der Zirkel“, Hamburg 1946 (Quelle: Privatbesitz Marcus Herrberger).

vinzverwaltung gab die Planungen dazu an Erich Wentker weiter. Dieser beauftragte den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, geeignete Pläne auszuarbeiten. Als besonders brisant stellte sich später heraus, dass die beauftragten Landschaftsarchitekten eine mehr oder weniger eindeutige NS-Vergangenheit hatten und das meiste ihres noch aus dieser Zeit stammende „Fachwissen“ in die Entwürfe einbrachten. Den ersten Entwurf, auf den sich die zustän-digen deutschen Stellen geeinigt hatten, wurde dann auch mit dem Hinweis von der Militärregierung abgelehnt, dass er nicht den ur-sprünglich gemachten Vorgaben entspreche. Erst 1947 einigte man sich nach weiteren Ausschreibungen auf das Konzept eines neuen Landschaftsarchitekten, das auch von der Militärregierung gutge-heißen und schließlich verwirklicht wurde.<sup>75</sup>

Besonders bedeutsam in der Amtszeit Erich Wentkers war die Wiedererrichtung demokratischer Strukturen und das Einsetzen der kommunalen Selbstverwaltung unter parlamentarischer Kontrolle. Am 3. Januar 1946 hatten die Gemeinderäte in geheimer Wahl 22

**75** Wolschke-Blumahn, Joachim: 1945-1995. Zur landschaftsarchitektonischen Gestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen, in: Die Gartenkunst, 7. Jg., Heft 2/1995, S. 329, 340; siehe auch: Eschebach, Insa: Zwischen Befreiung und Verdrängung, in: Dachauer Hefte, Heft 19, 2003, S. 234.

Bewerbung als Oberkreisdirektor, Celle  
1947 (Quelle: Familienbesitz Margrit  
Schönfeld).



Mitglieder für den ersten Kreistag gewählt und 21 weitere wurden von der Militärregierung ernannt. Erich Wentker wurde für die Übergangsphase als Vorsitzender des Kreistages bestimmt und er machte am 10. Januar 1946 in seiner Eröffnungsrede deutlich, welche Ziele nun die Zukunft nach den Jahren der NS-Diktatur bestimmen sollten: „*Es ist nicht nur ein äußeres Zeichen der verlorenen Krieges, wenn am heutigen Tage der neugebildete Kreistag für den Landkreis Celle in Anwesenheit und unter Aufsicht der britischen Militärregierung eröffnet wird. Es ist ein Symbol unserer völligen Niederlage, so schwer, wie sie Deutschland noch niemals erlitten hat. [...] Aus 1000 Wunden blutet das Volk. Es ist wohl keiner hier im Saale, der nicht einen seiner liebsten Angehörigen in diesem so völlig überflüssigen Kriege hat lassen müssen. [...] Ein Neues müssen wir beginnen, denn das Alte hat versagt. Wir müssen den Mitmenschen wieder achten lernen. Wir müssen, wie Fichte sagt, wieder alles lieben, was Menschenantlitz trägt. Eine neue Erziehung des deutschen Volkes von Grund auf hat zu erfolgen. [...] Der Mitmensch muß uns wieder Bruder werden. Das christliche Prinzip,*



*daß jeder mein nächster ist, auch der einer anderen Partei, einer anderen Religion, einer anderen Nation oder einer anderen Farbe, muß zur Überzeugung eines jeden Deutschen werden. Der Traum der Herrenrasse ist ausgeträumt.*<sup>76</sup>

Zu den politischen Zielsetzungen, vor allem der Demokratisierung, die er bereits in der Weimarer Republik in verantwortlicher Position vertreten hatte, sagte er: *„Der Einzelne muß sich dem Gesetze der Gesamtheit fügen, nicht, wie es bisher war, die Gesamtheit dem Einzelnen. Er muß auch den politischen Gegner achten lernen, Dinge, die man leider auch vor 1933 in Deutschland wenig kannte. Auf dem Wege zur Demokratie ist uns England ein gutes Vorbild; und wir können es demzufolge nur begrüßen, daß dieser Weg dem deutschen Volke von England aus gewiesen wird.“*<sup>77</sup> Es war ihm außerdem ein Bedürfnis, seinem freundschaftlichen Verhältnis zu den Mitgliedern der Militärregierung Ausdruck zu verleihen: *„Ich benutze dankbar die Gelegenheit, um Ihnen besonders, Herr Major Hudson, für Ihre verständnisvolle Art und stets bereite Hilfe, die Sie dem Landkreis und der Bevölkerung entgegenbrachten, im Namen des Kreises und der Bevölkerung aufs herzlichste zu danken. Sie haben mit Erfolg verstanden, sich das Vertrauen der Kreisinsassen zu erwerben und haben uns gezeigt, daß das Wort Gentleman nicht nur ein Wort, sondern ein Begriff ist. Es war nicht nur mir und den Beamten des Landkreises, sondern auch den Bürgermeistern und weiten Teilen der Bevölkerung eine Freude, mit Ihnen zusammenarbeiten zu können. Sie sind ein Freund des Kreises geworden und wir hoffen, daß Sie es immer bleiben werden.“*<sup>78</sup>

Abschließend sagt er in seiner aufrüttelnden Rede: *„Alle Anwesenden, die bestimmt vom Vertrauen der Bevölkerung getragen werden, haben sich entschlossen, auf demokratischer Grundlage am Neuaufbau des Kreises mitzuarbeiten. [...] Ich bin aber der Überzeugung, daß alle einig sein werden in dem Willen, das Alte zu vergessen und in sozialer Gerechtigkeit eine neue Welt aufzubauen, für Familie, Heimat, Vaterland und Menschheit.“*<sup>79</sup>

Ein Jahr später, als die Wahlen zum Oberkreisdirektor anstanden, waren diese Worte bei den meisten Parteipolitikern im Kreis bereits wieder verhallt. Die persönlichen Befindlichkeiten der Parteien und deren Machtinteressen rückten wieder in den Vordergrund. Da im Kreistag eine konservative Mehrheit aus NLP (Niedersächsische Landespartei) und CDU bestand, war vor allem der CDU-Vertreter Wilhelm Brese der Ansicht, dass auch der Oberkreisdirektor, der nun erstmalig gewählt und nicht ernannt wurde, aus dem Lager der Konservativen gestellt werden sollte. Bereits im Vorfeld hatte er durch intensive Gespräche mit der NLP (19 Mitglieder, im Gegensatz zur CDU, die nur 5 Sitze besaß) für seinen Kandidaten Dr. Axel Bruns geworben.<sup>80</sup> Die SPD setzte sich dafür ein, Erich Wentker für 12 Jahre im Amt zu bestätigen, zumal er auch das volle Vertrauen der Militärregierung besaß und von Major Hudson *„als ‘excellente Person’ bezeichnet wurde, die ,den Posten bewundernswert ausfüllen dürfte.“*<sup>81</sup>

**76** Voss, a.a.O., S. 47f.

**77** Ebd., S. 49.

**78** Ebd.

**79** Ebd.

**80** Siehe: Brese, Wilhelm: *Erlebnisse und Erkenntnisse des langjährigen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Brese von der Kaiserzeit bis heute*. Eigenverlag, Marwede 1976, S. 79.

**81** Voss, a.a.O., S. 19.



Erich Wentker 1947, wenige Monate vor seinem Tod, gezeichnet durch Krieg und Nazizeit (Quelle: Familienbesitz Juliane Vehreschild, Erika Godschalk).

Entgegen geltenden Bestimmungen, deren Einhaltung vom Niedersächsischen Innenministerium auch angemahnt wurde, setzte die konservative Mehrheit durch, dass die Stelle des Oberkreisdirektors neu ausgeschrieben wurde, obwohl sie mit Erich Wentker noch besetzt war. In der Kreistagssitzung vom 9. Oktober 1947 kam es dann durch die Mehrheit von NLP und CDU zur Abwahl Erich Wentkers als Oberkreisdirektor. Die Wahl eines Nachfolgers verschob man, da man sich offensichtlich nicht gründlich über die Bewerber informiert hatte.<sup>82</sup> Erich Wentker hatte sich bereits auf eine neue Stelle als Oberkreisdirektor in Wolfenbüttel beworben.<sup>83</sup> Er erlebte aber weder die Wahl seines Nachfolgers in Celle noch seine Einstellung in Wolfenbüttel, denn von einer Studienreise auf Einladung der Militärregierung nach England, auf die er sich für mehrere Wochen begeben hatte, kehrte er nicht zurück. Am 11. November 1947 starb er im General Hospital des englischen Amersham.<sup>84</sup>

In einem Nachruf schrieb ein Celler Journalist wenige Tage später: „*Der Oberkreisdirektor des Landkreises Celle, Erich Wentker, der sich seit dem 20. Oktober auf einer Informationsreise in England befand, ist plötzlich und unerwartet in einem Krankenhaus in der Nähe von London gestorben: Eine Lungenentzündung, die er sich auf der Reise zugezogen hatte, warf ihn auf das Krankenlager und führte zu seinem tragischen Tod fern der Heimat und seiner Familie. [...] Er stand im 57. Lebensjahr und hinterlässt eine Frau, drei Töchter und einen Sohn. Ein Sohn ist im Kriege gefallen. Wenn Oberkreisdirektor Wentker in der letzten Zeit auch in den Mittelpunkt von Auseinandersetzungen im Kreistag gerückt war, so ist ihm andererseits nie die Achtung vor seiner Persönlichkeit versagt worden. Unbestritten bleiben der unermüdliche Pflichterfer und die sachlich objektive Haltung, mit denen er seinen Aufgaben gerecht zu werden bemüht war. Im Landkreis Celle hat er sich selbst das schönste Denkmal mit den Alters- und Kinderheimen gesetzt, denen seine besondere Aufmerksamkeit galt und deren vorbildlicher Zustand für die Fürsorge zeugt, die er vor allem Bedürftigen und Notleidenden und den zahlreichen Flüchtlingen zuteil werden ließ, die nach dem Zusammenbruch in den Landkreis strömten. Die Beamten und Angestellten des Landratsamtes betrauern einen pflichtbewußten Vorgesetzten, dessen liebenswürdiges, hilfsbereites Wesen man auch als Journalist, den der Beruf häufig zu ihm führte, schätzen lernte.*“<sup>85</sup>

**82** Kreisarchiv Celle N7 Nr. 5, Niederschrift über die Sitzung des Kreistages des Landkreises Celle am 9. Oktober 1947.

**83** Entwurf Bewerbungsschreiben als Oberkreisdirektor, Celle, o.D. [Oktober 1947], Familienbesitz Schönfeld.

**84** Certified Copy of an Entry of Death, Amersham, 12th. December 1947, Familienbesitz Vehreschild/Godschalk.

**85** Deutsche Volkszeitung, 13.11.1947, Zeitungsausschnittsammlung, Familienbesitz Vehreschild/Godschalk.

**Epilog.** Mit 57 Jahren endete damit abrupt das Leben eines sowohl politischen als auch eines für demokratische Prinzipien eintretenden Menschen, der seine berufliche Laufbahn im Schleswig-Holstein des preußischen Kaiserreiches begonnen hatte, den Höhepunkt seiner Karriere in der Weimarer Republik erlebte und im Nachkriegsdeutschland am demokratischen Wiederaufbau beteiligt war. Erich Wentker repräsentiert in seinem Werdegang die typische Karriere eines aus sozialdemokratischem Elternhaus entstammenden Quereinsteigers als höherer Verwaltungsbeamter. Sein berufliches und par-

teipolitisches Wirken ist eng mit der „demokratischen Geschichte“ Schleswig-Holsteins und Niedersachsens verknüpft. Durch Fleiß und Ehrgeiz, verbunden mit einem hohen Maß an Eigeninitiative und Verantwortungsgefühl, gelangte er in höhere Positionen, die ihm erlaubten mitzugestalten und Einfluss zu nehmen. Ob sein Blickwinkel und Handeln dabei immer fehlerfrei war, mag aus heutiger Perspektive nicht mehr genau zu beurteilen sein. Wie bei vielen seiner Zeitgenossen und Kollegen sind die Brüche in den Lebensläufen und Werdegängen offensichtlich der Zeit und den damaligen politischen Umständen geschuldet und daraus auch erklärbar. Sicher hätte Erich Wentker in der Bundesrepublik noch andere Ämter ausfüllen können, wäre sein Leben nicht so plötzlich abgebrochen worden.

**Kurzer biographischer Abriss zu Erich Wentker**

- 1890 in Berlin geboren
- 1895 Umzug der Familie nach Hamburg
- 1897 Volksschule in Hamburg
- 1905 Präparandenanstalt Oldesloe
- 1907 Lehrerseminar Eckernförde
- 1910 Erste Lehrerprüfung  
Vertretungslehrer in Hamburg-Groß Borstel  
Zweiter Lehrer in Groß Nordende, Krs. Pinneberg und  
Lassahn/Lauenburg
- 1914 Kündigung des Schuldienstes
- 1915 Kriegsdienst im Armierungsbataillon 38 in Frankreich;  
nach Lazarettaufenthalt vom Militär entlassen  
Korrespondent und Büroleiter bei der Volksfürsorge-  
Versicherungs A.G.  
Heirat mit Dorothea Sievers  
Eintritt in die SPD
- 1919 Stadtverordneter in Wandsbek, Fraktionsführer der SPD  
und Stadtverordnetenvorsteher (Bürgerworthalter)  
Abgeordneter im Provinziallandtag von Schleswig-  
Holstein  
Mitglied im Preußischen Städtetag
- 1923 Ernennung zum Regierungsrat im Polizeipräsidium  
Altona-Wandsbek  
Leiter des Polizeiamtes Wandsbek
- 1927 Ernennung zum Polizeipräsidenten von Harburg-  
Wilhelmsburg  
Ausscheiden aus den politischen Ämtern in Wandsbek  
und Kiel
- 1930 Berufung in den Beirat des Preußischen Polizei-Instituts  
in Berlin
- 1932 nach dem „Preußenschlag“ der Regierung Papen im  
„einstweiligen Ruhestand“
- 1933 endgültige Entlassung als Polizeipräsident  
verschiedene Tätigkeiten bei Versicherungen, Verlagen  
und als Vertreter
- 1934 Aufbau einer reichsweiten Widerstandsgruppe um  
Friedrich Ablass, Hans Robinsohn und Ernst Strass-  
mann; zahlreiche Verhöre und Überwachung durch die  
Gestapo; kurzzeitige Haft von Dorothea Wentker
- 1945 Einstellung in den Hamburger Staatsdienst  
Ernennung zum Senatsrat  
Bürgermeister von Hamburg-Bramfeld  
Berufung als Landrat (Oberkreisdirektor) von Celle
- 1947 in Amersham/England auf einer Informationsreise ver-  
storben